

Neue Entspannungspolitik, JETZT!

Détente NOW!
Политика разрядки, НЕМЕДЛЕННО!

Neue Entspannungs- politik - Jetzt!

Tagungsband



Foto: Wolfgang Biermann

Zivilgesellschaft · Politik · Streitkräfte

Gemeinsame Tagung

- des Darmstädter Signals / Forum Kritischer Soldaten
- der Initiative „Neue Entspannungspolitik JETZT!“
- der IPPNW-Deutschland
- des Johannes-Albers-Bildungsforum eGmbH
- unterstützt vom BildungsForum Lernwelten

13. – 15. Oktober 2017 im Arbeitnehmerzentrum Königswinter (AZK),
Johannes-Albers-Allee 3, 53639 Königswinter.

Inhalt:

■ Programm	4
■ Ulrich Frey: Begrüßung für die Initiative „Neue Entspannungspolitik JETZT!“	7
■ Harald Kujat: Sicherheit und Entspannung – 50 Jahre Harmel-Bericht	12
■ Peter Brandt: Die historische Genese der bundesdeutschen Entspannungspolitik im europäischen Kontext	19
■ Wolfgang Biermann: „Wandel durch Annäherung: Von den Ostverträgen zum Fall der Mauer und dramatischer Abrüstung in Europa“	31
■ Christian Wipperfürth: Eine neue Entspannungspolitik in Europa – wer mit wem?	43
■ Raymond L McGovern: Transatlantische Allianz gegen den Rückfall in den Kalten Krieg	46
■ Angelika Claußen: Atomwaffenverbotsvertrag – weg von tödlichen Doktrin der Abschreckung – hin zu einer Logik des Friedens	47
■ Rüdiger Noll: Berliner Memorandum: Sicherheit neu denken – Wege des Friedens in Europa	57
Anhang:	
■ Florian King: Tagungs-Bericht.	61

Impressum:

Herausgeber: Initiative »Neue Entspannungspolitik JETZT!«

info@neue-entspannungspolitik.berlin

V.i.S.d.P. und Ansprechpartner in Deutschland: Burkhard Zimmermann: burkhard.z@t-online.de

Ansprechpartner in USA: Barbara Jentsch: zuluki@centurylink.net

Redaktion: Wolfgang Biermann und Ulrich Frey

Layout: Steffen Wilbrandt, Berlin · Fotos: wie angegeben

© 2017 · Alle Rechte bei den Autoren

Neue Entspannungs- politik - Jetzt!

Zivilgesellschaft · Politik · Streitkräfte



Gemeinsame Tagung

- des Darmstädter Signals / Forum Kritischer Soldaten
- der Initiative „Neue Entspannungspolitik JETZT!“
- der IPPNW-Deutschland
- des Johannes-Albers-Bildungsforum eGmbH
- unterstützt vom BildungsForum Lernwelten

13. – 15. Oktober 2017 im Arbeitnehmerzentrum Königswinter (AZK),
Johannes-Albers-Allee 3, 53639 Königswinter

Programm

Freitag den 13. Oktober 2017

- bis 17.30 Anreise
- 18.00 Abendessen im Restaurant
- 19.00 **Begrüßung und Einführung in das Thema**
Florian Kling, Carsten Matthis, Ulrich Frey
- 19.45 **Referat mit Aussprache**
Sicherheit und Entspannung – 50 Jahre Harmel-Bericht
General a. D. Harald Kujat
- 21.00 **Diskussion zur Entspannungspolitik**
Aussprache und Kennenlernen

Samstag den 14. Oktober 2017

- 08.00 Frühstück im Restaurant
- 09.00 **Deutsche und europäische Entspannungspolitik**
Vorträge mit anschließender Diskussion
- Historische Genese der deutschen und europäischen Entspannungspolitik“**
Prof. Dr. Peter Brandt
- Wandel durch Annäherung: Von den Ostverträgen zum Fall der Mauer und dramatischer Abrüstung in Europa**
Dr. Wolfgang Biermann, Initiative „Neue Entspannungspolitik JETZT!“
- Eine neue Entspannungspolitik in Europa – wer mit wem?**
Dr. Christian Wipperfürth, Publizist
- 12.15 Mittagessen im Restaurant
- 14.00 **Dialog mit Russland zur deutschen und europäischen Entspannungspolitik?**
Vorträge mit anschließender Diskussion

Zivilgesellschaft und Gespräche mit Russland und zwischen Russland und seinen Nachbarn
Martin Hoffmann, Geschäftsführer des Deutsch-Russischen Forums

Transatlantische Allianz gegen den Rückfall in den Kalten Krieg
Ray McGovern, USA (ehemaliger Berater von US-Präsidenten zum Warschauer-Pakt)

Atomwaffenverbotsvertrag – ein Vertrag, der die Abschreckung delegitimiert
Dr. Angelika Claussen, IPPNW

- 18.15 **Abendessen danach fachliche Einzelgespräche**
und evtl. Fortführung der Diskussion

Sonntag den 15. Oktober 2017

- 08.00 Frühstück
- 10.00 **Berliner Memorandum**
Sicherheit neu denken – Wege des Friedens in Europa
Rüdiger Noll, Evangelische Akademien in Deutschland
- Podiumsdiskussion**
Lehren der Entspannungspolitik: Kooperation und Verständigung als einziger Weg aus der Sackgasse der Konfrontation
Dr. Ute Finckh-Krämer, MdB SPD
Martin Hoffmann (Deutsch-Russisches Forum)
Jo Leinen MdEP
Ray McGovern
Dr. Angelika Claussen (Moderation)
- 12.15 Mittagessen
- 13.20 Tagungsreflexion und Seminauswertung
- 14.30 Tagungsende und Abreise



Ulrich Frey
Begrüßung für die Initiative
„Neue Entspannungspolitik JETZT!“ am 13.10.2017

Sehr geehrte Damen und Herren,
 liebe Freundinnen und Freunde,
 mein Name ist Ulrich Frey. Ich arbeite in der Initiative für eine Neue Entspannungspolitik JETZT!“ mit und bin auch der stellvertretende Vorsitzende des Förderkreises des Darmstädter Signals. Namens der Initiative begrüße ich Sie und Euch sehr herzlich.

Der ganze Ernst des Zusammenhanges von Entspannungspolitik und Kriegsverhütung, ja weltweiter Zerstörung wird in einer Zeitungsnotiz deutlich. Der Bonner „Generalanzeiger“ berichtete am 20.9.2017, der frühere Sowjet-Offizier Stanislaw Petrow sei im Alter von 77 Jahren am 19. Mai 2017 gestorben. Wer war Stanislaw Petrow? Dieser für die Menschheit verantwortlich denkende Mann hat in der Nacht vom 25./26. September 1983 möglicherweise den 3., atomar geführten Weltkrieg verhindert. Als er in dem Luftüberwachungszentrum nahe Moskau auf dem Bildschirm den Anflug von fünf US-Raketen in Richtung Sowjetunion bemerkte, meldete er seinen Vorgesetzten keinen Angriffsalarm, sondern einen Fehlalarm. Wie sich erwies, war es tatsächlich ein Fehlalarm. „Ich wollte nicht schuld sein am Dritten Weltkrieg“ sagte Petrow später dazu. Menschen wie Stanislaw Petrow, die ihr Gewissen sprechen lassen, wünschen wir uns in der Politik und im Militär.

Weshalb ist die Initiative für eine neue Entspannungspolitik entstanden?

Der Grund für die Entstehung der Initiative ist die zunehmende Bedrohung des Friedens zwischen den Völkern durch militärisch unterlegte Drohungen mit der Gewalt zur Durchsetzung von politischen Zielen. Zunehmende Konfrontationen gefährden, was als Ergebnis der Konferenz für Sicherheit und Zusammenarbeit (KSZE) nach dem Kalten Krieg erreicht worden war: der Auftrag, „gemeinsame Sicherheit“ auf dem europäischen Kontinent zu gestalten, zwischen den nordamerikanischen Staaten, Europa, den Nachfolgestaaten der Sowjetunion und Russland. Große Hoffnungen hatte die Charta von Paris vom 21. November 1990 für ein neues Europa geweckt. Geschaffen werden sollte mit diesem Schlussdokument der KSZE-Sondergipfelkonferenz von 32 europäischen Staaten, den USA und Kanada eine neue friedliche Ordnung in Europa. Als gemeinsame Ziele standen nach der Überwindung der Spaltung Europas im Kalten Krieg, die Stärkung der Demokratie als einziger Regierungsform, die Gewährleistung der Menschenrechte und der Grundfreiheiten. Diese Hoffnungen erfüllten sich nicht. Sie wurden von der Politik nur halbherzig angegangen.

Seit Jahren sind wir Anzeichen des Unfriedens ausgesetzt. Aktuelle Anzeichen für die Bedrohung des Friedens statt des Aufbaues eines friedlichen Europa sind, um nur einige zu nennen:

1. die politischen und militärischen Folgen der Annexion der Krim durch Russland
2. die Auseinandersetzungen zwischen Russland und der Ukraine um die Ostukraine
3. die angestrebte Realisierung des Beschlusses des NATO-Gipfels vom September 2014 in Wales, die Verteidigungsausgaben bis 2024 um 2 % des Bruttoinlandsproduktes der Mitgliedstaaten zu erhöhen.¹
4. die Dislokation von NATO-Einheiten nach dem Warschauer Nato-Gipfel 2016 an der Grenze zu Russland in Polen und in baltischen Staaten, der Aufbau einer Raketenabwehr der NATO in Polen und Rumänien, Großmanöver Russlands und Weißrusslands an den westlichen Grenzen
5. Die Annahme, dass Maßnahmen zur Selbstverteidigung nach Art. 5 des NATO-Vertrages „unwahrscheinlich“ seien, gilt nicht mehr. Derzeit betreiben die NATO und Russland eine militärische und rhetorische Aufrüstung, die an die Zeit der Ost-West-Konfrontation erinnert.²

1 Stellungnahme der Kommission „Europäische Sicherheit und Zukunft der Bundeswehr“ am Institut für Friedensforschung und Sicherheitspolitik, Juni 2017: Das Zweiprozentziel gehört auf den Prüfstand“, in: Rundbrief II/2017 des Förderkreises des Darmstädter Signals

2 Vgl. Stellungnahme der Kommission „Europäische Sicherheit und Zukunft der Bundeswehr“ (Anmerkung 1), S. 4

6. Verwendung von dringend benötigten Mitteln zur zivilen Krisenprävention aus dem Instrument für Stabilität und Frieden (IcSP) der EU für die Ertüchtigung von Streitkräften in Drittstaaten unter dem Vorwand der Förderung von Entwicklungspolitik
7. Wichtige Abrüstungsverträge, wie z.B. der New Start-Vertrag zwischen Russland und den USA über in etwa gleich starke strategische Atomwaffenpotentiale und der INF-Vertrag von 1987 über das Verbot von landgestützten Flugkörpern mit Reichweiten zwischen 500 und 5500 Km werden in Frage gestellt.³
8. Der unwirksame Vertrag über konventionelle Streitkräfte in Europa (KSE-Vertrag) ist nicht angepasst worden, weil das „Anpassungsabkommen zum KSE-Vertrag (AKSE) zwar vorliegt, aber nicht in Kraft getreten ist. Ein politischer Prozess zur Erneuerung der konventionellen Rüstungskontrolle in Europa ist nicht im Gange.“⁴
9. Es droht eine neue nukleare Aufrüstungsrunde: Entwicklung von Atomwaffen mit geringerer Sprengkraft und gesteigerter Zielgenauigkeit (Typ B 61-12), die die Hemmschwelle zu ihrem Einsatz senken, verlocken zur Führung eines Atomkrieges. Taktische Atomwaffen könnten nicht mehr von strategischen unterschieden werden und alle atomaren Abrüstungsverträge werden unterlaufen. Die bisherige Abschreckungswirkung von Atomwaffen würde vermindert und die Kriegsführungsfähigkeit mit Atomwaffen würde steigen.
10. Die Entscheidung der UN-Generalversammlung für eine Ächtung von Atomwaffen vom 7. Juli 2017, getragen von der großen Mehrheit mit 122 Staaten, und die Vergabe des Friedensnobelpreises an ICAN ist zwar ein großer moralischer Sieg, bewirkt aber bisher keine Bereitschaft zur Einschränkung der atomaren Aufrüstung auf Seiten der Atomwaffenstaaten und ihrer Alliierten. So will auch die Bundesrepublik Deutschland an der Politik der „nuklearen Teilhabe“ im Rahmen der NATO festhalten. Der Atomwaffensperrvertrag von 1968, der die vollständige atomare Abrüstung zum Ziel hat, zeitigt wegen der gegenläufigen Haltung der Atomwaffenstaaten keine positive Wirkung. Dazu trägt auch die atomare Rüstung Nordkoreas bei.
11. Es gelingt weder einzelnen Staaten oder Staatengruppen noch der UNO, die Kriege im Nahen Osten, insbesondere in und um Syrien, unter Kontrolle zu bringen. Sie befördern einen neuen Ost-West-Gegensatz.

3 Tageszeitung „Neues Deutschland“: „Gefährlicher Raketen-Poker. Der Streit zwischen Russland und USA um den INF-Abrüstungsvertrag droht zu eskalieren!“, <http://epaper.neues-deutschland.de/eweb/printcontent/nd/2017/08/31/a/8...>; Generalanzeiger Bonn, 4.9.2017, „Schreckgespenst der NATO“

4 Wolfgang Richter, Neubelegung der konventionellen Rüstungskontrolle in Europa. Ein Beitrag zur militärischen Stabilität in Zeiten der Krise, SWP-aktuell 76, November 2016

Welches sind die Grundgedanken der Initiative?

Die Grundidee des Aufrufes der Initiative für eine neue Entspannungspolitik setzt auf eine „gemeinsame Sicherheit durch vertrauens- und sicherheitsbildende Maßnahmen, Rüstungskontrolle und Abrüstung“, wie es im Aufruf „Die Spirale der Gewalt beenden – für eine neue Friedens- und Entspannungspolitik jetzt!“ heißt. Das ist nach „den Lehren aus den Erfahrungen mit der Entspannungspolitik seit den 1960er Jahren“ nicht „ohne oder gegen, sondern nur gemeinsam mit Russland“ möglich. Anzustreben ist die Zusammenarbeit und Verständigung mit „vermeintlichen Feindländern“. Ziel ist „eine Zone gesamt-europäischer ‚gemeinsamer Sicherheit‘ durch Zusammenarbeit aller Staaten von Vancouver bis Wladiwostok“. Freilich wird es bei der Argumentation für eine wirksame neue Entspannungspolitik gemäß den Parametern der Jahre 2017 ff. darauf ankommen, die veränderte Ausgangssituation im Vergleich zu den 1960er Jahren zu analysieren.

Noch einige Worte zur Initiative für eine Neue Entspannungspolitik JETZT!

Zu Beginn stand der „Berliner Appell“. Anfang 2015 eskalierte die Gewalt in der Ukraine, und eine Gruppe, u.a. bestehend aus Wolfgang Biermann, Andreas Buro, Christian Wipperfürth, Gabriele Witt, Burkhard Zimmermann und mir, formulierte nach Rücksprache mit Egon Bahr einen „Berliner Appell“ – mit dem Titel „Die Spirale der Gewalt beenden – Für eine neue Entspannungspolitik!“ Dieser wurde bis zum Sommer 2015 von rund 1.500 Menschen aus vielen Spektren der Gesellschaft, von Kirchen, Gewerkschaften, dem Ostausschuss der deutschen Wirtschaft, dem Darmstädter Signal und der Friedensbewegung, unterschrieben. Egon Bahr und der von ihm geleitete Willy-Brandt-Kreis bekräftigten im Sommer 2015 die Forderung nach einer neuen Entspannungspolitik. Das mahnte Egon Bahr auch in seiner letzten Rede an, die er im Juli 2015 auf einer Veranstaltung mit Michail Gorbatschow in Moskau hielt. Nach seiner Rückkehr nach Berlin bat er einige von uns, die Öffentlichkeitsarbeit für eine neue Entspannungspolitik zu verstärken.

Nach seinem Tode Mitte August 2015 trafen sich im Herbst 2015 Unterstützer des Willy-Brandt-Kreises und des Berliner Appells. Sie formulierten zur Verbesserung der Werbung für eine „neue Entspannungspolitik“ eine überparteiliche „gemeinsame Erklärung“, die PaxChristi veröffentlichte.

Im letzten Sommer begann eine kleine Gruppe mit Wolfgang Biermann, Peter Brandt, Wiltrud Rösch-Metzler, Christian Wipperfürth und mir die Einrichtung einer Info-Website (www.neue-Entspannungspolitik.berlin). Ein Editorial wurde verfasst, das Ihnen und Euch als Aufruf für eine „Neue Entspannungspolitik JETZT!“ bekannt ist. Nachdem im August 2016 u.a. Horst Teltschik (CDU), Reiner Hoffmann (DGB), Frank Bsirske (ver.di), Konrad Raiser (früherer Generalsekretär des ÖRK), Andreas Metz (Ostausschuss), Xanthe Hall (IPPNW) und Daniel Ellsberg (USA) den Aufruf unterzeichneten, wurde daraus in wenigen Monaten ein transatlantischer Appell der Zivilgesellschaft auf beiden Seiten des Atlantiks. In den USA berichtete die Zeitung „The Nation“ über die Initiative „Détente NOW!“ Mehr als 1.500 Persönlichkeiten aus Gewerkschaften, Parteien, Bundestag, Kirchen, Kultur, dem Militär, der Wissenschaft und der Medizin (rund 400 aus den USA) erklärten ihre persönliche Unterstützung. Wir begrüßen heute unter uns als Unterzeichner aus den USA Herrn Ray McGovern, Gründungsmitglied der „Veteran Intelligence Professionals for Sanity (VIPS)“, einer Gruppe ehemaliger hochrangiger US-Nachrichtendienstoffiziere, die sich öffentlich kritisch mit dem Angriff der der US-geführten Koalition auf den Irak 2003 auseinandergesetzt haben.

Am Anti-Kriegstag 2017, dem 1. September, fand, von Gewerkschaften, den Naturfreunden und der Evangelischen Kirche in Berlin unterstützt, am Brandenburger Tor in Berlin eine erste öffentliche Veranstaltung statt. Michail Gorbatschow überraschte mit einem Grußwort.

Abschließend möchte ich persönlich Wolfgang Biermann dafür danken, dass er unermüdlich seine in Jahren der internationalen Arbeit entstandenen Netzwerke nutzte, um unsere Initiative „Neue Entspannungspolitik JETZT!“ aufzubauen. Ich danke auch dem Darmstädter Signal für eine gute Kooperation.

Harald Kujat Sicherheit und Entspannung – 50 Jahre Harmel-Bericht

Mein Damen und Herren,
ich konnte der Dokumentation für die heutige Tagung entnehmen, dass Entspannungspolitik seit einiger Zeit wieder ein wichtiges Thema ist. Das freut mich sehr, wenngleich sich dieses in unseren Medien nicht widerspiegelt. Es freut mich, weil ich selbst seit Jahren für eine neue Entspannungspolitik werbe, unter anderem auch am Beispiel des Harmel-Berichts.

I.

Das will ich auch heute tun, allerdings zunächst kurz auf einige Faktoren eingehen, die die gegenwärtige sicherheitspolitische Lage bestimmen.

Das Ende des Kalten Krieges hat in Europa zu Veränderungen historischen Ausmaßes geführt. Geopolitische Veränderungen, die durchaus mit den Folgen des Wiener Kongresses von 1815 vergleichbar sind. Bei aller Kritikwürdigkeit ihrer heutigen Politik muss man fairerweise feststellen: Die Nordatlantische Allianz hat dazu einen wesentlichen Beitrag geleistet, auch indem sie eine strategische Partnerschaft mit Russland begründet hat.

So positiv die Aussichten am Ende des letzten Jahrhunderts waren: Die Probleme dieses Jahrhunderts, die Finanzkrise der vergangenen Jahre und die, auf die wir wieder zusteuern, die weltweit ungleiche Verteilung der Güter und die Gefährdung der natürlichen Lebensgrundlagen in vielen Teilen der Welt, der internationale Terrorismus und Fundamentalismus sowie die dramatische Flüchtlings- und Migrationswelle sind nicht nur nicht gelöst; sie verschärfen sich: lokal, regional und global.

Die Chance zu einer „Friedens- und Sicherheitsordnung von Vancouver bis Wladiwostok“, wie sie in der „Pariser Charta für ein neues Europa“ angelegt ist, scheint weitgehend vertan. Nicht nur werden Kriege geführt wie eh und je. Der Krieg ist nach Europa zurückgekehrt, vornehmlich getrieben vom Konflikt zwischen Russland und seinen Nachbarstaaten sowie den Spannungen mit den westlichen Demokratien. Die Ukraine gibt diesem Konflikt derzeit seinen geographischen Namen und seinen sichtbarsten Ausdruck.

An der europäischen Peripherie liefern sich die Großmächte eine Auseinandersetzung um Einflusszonen, die Regionalmächte einen Stellvertreterkrieg um regionale Dominanz und ethnische und religiöse Minderheiten um Selbstbestimmung und Unabhängigkeit. Unterentwicklung, Übervölkerung, religiöse Gegensätze sowie die Vernichtung der natürlichen Lebensgrundlagen durch die größte Dürrekatastrophe seit 900 Jahren in einer Zone, die sich vom Nahen Osten bis nach Afrika erstreckt, bilden den Nährboden für islamistische und fundamentalistische Terrorgruppen.

Schließlich sind die andauernden Spannungen zwischen den beiden nuklearstrategischen Supermächten, den Vereinigten Staaten und Russland, Anlass zu größter Sorge. Ich stimme dem ehemaligen amerikanischen Verteidigungsminister William Perry zu, der kürzlich „zu dem Schluss kam, dass die Gefahren einer Nuklearkatastrophe heute größer sind als während des Kalten Krieges“.

II.

Angesichts der Krisen unserer Zeit sollten wir uns an das Jahr 1967 erinnern, in dem der belgische Außenminister Pierre Harmel, ein mutiger und weitsichtiger Politiker, mit seinem Bericht an den NATO-Rat die Grundlage für eine Doppelstrategie der Nordatlantischen Allianz legte: Sicherheit und Entspannung – zwei Seiten der gleichen Medaille. Mitten im Kalten Krieg wagte die Allianz mit dem gemeinsamen Ziel „einer gerechten und dauerhaften Friedensordnung in Europa“ einen Neuanfang in den Ost-West-Beziehungen. Im Kern ging es darum, ein Klima der Stabilität, der Sicherheit und des Vertrauens zu schaffen.

Ja, das ist der Kern, um den es auch heute wieder geht: internationale Stabilität, gleiche Sicherheit für alle, und ein Klima des Vertrauens, das zu mehr Berechenbarkeit des politischen Handelns und der militärischen Potentiale führt.

Harmels Optimismus, „die Entwicklung der sowjetischen und osteuropäischen Politik gibt berechtigten Anlass zu der Hoffnung, dass diese Regierungen schließlich ihre Vorteile einer friedlichen Beilegung der Gegensätze erkennen werden“, hat sich im Rückblick als durchaus berechtigt erwiesen.

Die Konferenzen des Helsinki-Prozesses mit dem Abkommen über Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa, die bilateralen Verträge zur Begrenzung der Strategischen Nuklearwaffen, das Abkommen über die Reduzierung konventioneller Streitkräfte in Europa (Mutual and Balanced Force Reductions/MBFR) und nicht zuletzt der für Europa so wichtige und heute wieder gefährdete INF-Vertrag über die vollständige Beseitigung einer gesamten Waffenkategorie, der nuklearen Mittelstreckenwaffen. Die Zwei-plus-vier-Verhandlungen zur Wiedervereinigung Deutschlands, und schließlich die Charta von Paris dokumentieren den unbedingten Willen beider Seiten, seinerzeit ohne „Einmischung“ militärischer Mittel zu einem „Ausgleich unterschiedlicher Interessen“ (v. Clausewitz) zu kommen, im Sinne einer „Friedens- und Sicherheitsordnung von Vancouver bis Wladiwostok“.

Auf der Grundlage des Harmel-Berichts, der insbesondere die Einbindung der Vereinigten Staaten sicherstellte, hatte auch Willy Brandts Ostpolitik eine realistische Chance erhalten.

Erinnern wir uns an 1989, an jenes denkwürdige Jahr, in dem fünf Staaten des östlichen Europas mit wissender Duldung der sowjetischen Führung den Weg in die Freiheit gingen: Bulgarien, die DDR, Polen, Ungarn und die Tschechoslowakei. Nur in Rumänien gelang der Weg erst über die blutige Gegenwehr des Herrschers.

Denken wir an die Rede des damaligen Präsidenten George Bush sen. am 31. Mai des selben Jahres in Mainz (ich zitiere): „Die Sowjets sollen wissen, dass unser Ziel nicht darin besteht, ihre legitimen Sicherheitsinteressen zu untergraben“.

Michail S. Gorbatschow versuchte das Notwendige und historisch Einmalige: die gleichzeitige Änderung des politischen wie des ökonomischen Systems. Er rettete nicht das kontinentale Imperium und auch nicht ein reformiertes Sowjetsystem. Als aber die Sowjetunion zu ihrem Ende kam, gelang ihm das historisch Beispiellose: das Konfliktpotenzial zwischen West und Ost, zwischen der zerbrechenden Sowjetunion und den USA zusammen mit führenden westlichen Politikern auf dem Weg der Entspannung zu halten, sodass der Kalte Krieg nicht heiß wurde.

Aber noch immer sind die nuklearen Waffen und Waffensysteme dieser Welt, über die Russland und die Vereinigten Staaten zu ca. 90 % verfügen, ein Anlass zu Sorge. Die Nuklearmächte haben sich nicht an ihre Zusage im Zusammenhang mit der unbefristeten Verlängerung des Atomwaffensperrvertrages (NTP) von 1995 gehalten, schrittweise sämtliche Atomwaffen abzurüsten. Und der Optimismus der 80er Jahre, in denen es gelang, die Verbreitung von Nuklearwaffen einzudämmen, ist verfliegen. Zwar sind nach Hiroshima und Nagasaki in den militärischen Auseinandersetzungen keine atomaren Waffen mehr zum Einsatz gekommen. Aber plötzlich kehrt die nukleare Katastrophe in der Auseinandersetzung zwischen dem kleinen, isolierten Nordkorea und der nuklearen Supermacht USA als reale Möglichkeit zurück. Und die Gravur eines politischen Konfliktes, der uns dieser Gefahr näher bringt, nimmt zurzeit nicht ab, sondern zu.

III.

Zu allen Zeiten seiner Hochkultur hat der Mensch einen Kampf gegen die Barbarei des Krieges geführt, wenngleich mit wechselndem Erfolg. Die Neuzeit verfolgt zwei Ziele: Humanisierung des Krieges und Verhütung von Kriegen.

Zur Humanisierung des Krieges zählen zum Beispiel die Ächtung bestimmter Waffen, das Rote Kreuz und die Entwicklung des Völkerrechts. Doch gehen kriegführende Parteien regelmäßig über bestehende völkerrechtliche Standards oder Vereinbarungen hinweg, wenn sie sich davon den angestrebten Erfolg versprechen. Die Unterscheidung zwischen Kombattanten und Nichtkombattanten scheint in den Kriegen dieses und des letzten Jahrhunderts weitgehend aufgehoben.

Das gilt heute mehr denn je, insbesondere für die asymmetrischen Kriege an der Peripherie Europas, die – u. a. religiös und ethnisch motiviert – die Lebensgrundlagen der Menschen vernichten, den größten Flüchtlingsstrom seit dem Ende des Zweiten Weltkrieges ausgelöst haben und bewusst die Zerstörung kulturell-geschichtlicher Zeugnisse in ihre terroristisch geprägte Kriegführung einbeziehen.

Eine Humanisierung des Krieges jedoch führt so wenig zur Verhütung von Kriegen wie eine gesicherte nukleare Zweitschlagsfähigkeit. Eine Technik in ständiger Weiterentwicklung kann keine Garantie gegen technisches Versagen bieten, nicht gegen die Eskalation regionaler Konflikte, nicht gegen die Proliferation nuklearer Waffen und Technologien, schließlich auch nicht gegen den Irrtum und den menschlichen Wahn. Kriegsverhütung kann letztlich überhaupt nicht technisch, sondern nur politisch gesichert werden.

Verträge haben seit je der Verhütung von Kriegen gedient. Die Gefahr der heutigen Situation besteht vor allem darin, dass sich die beiden Großmächte nicht mehr als stabilisierende Führungsmacht übergreifender, wenngleich entgegengesetzter Systeme oder auch Ideologien, aber doch gegenseitig respektierter strategischer Interessen wahrnehmen, sondern vor allem als Vertreter nationaler Interessen.

In der Konsequenz und im Hinblick beispielsweise auf die Ukraine schließt die „Arbeitsteilung“ zwischen den Vereinigten Staaten und Europa – finanzielle und militärische Unterstützung einerseits, diplomatische Vermittlung und Sanktion andererseits – nicht aus, dass aus dem Krieg in der Ukraine ein Krieg um die Ukraine werden kann.

Halten wir fest: Keiner der strukturellen Gründe, die zum Ersten Weltkrieg geführt haben, scheint wirklich überwunden. Schlimmer noch: Die handelnden Politiker unserer Zeit verdienen es genauso wie die, die den Ersten Weltkrieg verschuldet haben, als politische Schlafwandler bezeichnet werden.

Der Harmel-Bericht wurde ein Erfolg, weil ihn profilierte politische Führungspersonlichkeiten dazu gemacht haben. Es ist eine schmerzliche aber unabweisbare Erkenntnis, dass uns dieser Politikertyp heute fehlt. Der politische Führer eines großen europäischen Landes, der, nach seiner politischen Strategie gefragt erklärt, er reagiere auf politische Entwicklungen, ist ein Verwaltungsbeamter ohne eine politische Konzeption und ohne auch nur ansatzweise die Bedeutung strategischen Handelns zu verstehen.

IV.

Das soll nur eine seitliche Arabeske sein. Zurück zum Verhältnis der beiden Großmächte:

Es erscheint mir wichtig, den prägenden Unterschied in der geschichtlichen Erfahrung beider Länder zu verstehen, die beide aus der Besiedlung eines nach westeuropäischen Begriffen fast endlosen Raumes hervorgegangen sind.

Durch zwei Weltmeere isoliert, wird Nordamerika im Laufe von etwa drei Jahrhunderten ohne gleichwertigen Gegner im wesentlichen von Europäern erobert und besiedelt, die ihre Freiheit suchten oder ihrer ökonomischen Not entkommen wollten. Die Weite des Landes und die Freiheit des Marktes machen die USA zur größten Wirtschaftsmacht der Erde, die Selbsterfleischung Europas im vorigen Jahrhundert zu einer hegemonialen Macht.

Russland dagegen befindet sich historisch und geographisch in einer entgegengesetzten Lage. In der von Natur aus nahezu grenzenlosen Ebene konnte sich das Land seit seiner Gründung vor über 1000 Jahren – im Westen begrenzt von überlegener Zivilisation, im Osten durch Nomaden auf schnellen Pferden, im Innern feudal-absolutistisch ohne Gelegenheit zur Erfahrung bürgerlich-demokratischer Freiheit –, nur durch militärische Stärke behaupten. Erst militärische Stärke gibt Russland jene gefühlte Sicherheit, zu der seine Geschichte drängt.

Der Waffenstillstand auf der Grundlage des Gleichgewichts der militärischen Kräfte, der seit über 60 Jahren zwischen den beiden Großmächten besteht, schützt uns jedoch nicht vor einer militärischen Konfrontation in einer geostrategischen Randzone, in der sich die strategischen Interessen beider Seiten überschneiden. Er schützt uns auch nicht vor dem Einsatz nuklearer Waffen und nicht vor einem dritten Weltkrieg. „Wir stehen an einer Wegscheide der Beziehung zwischen Amerika und Russland“ mahnte Gorbatschow eindringlich in einem vor einiger Zeit geführten Interview. Das „Vertrauen“, so Gorbatschow, „dass wir so mühevoll aufgebaut haben“, steht auf dem Spiel, u. a. auch das Vertrauen, mit der Abschreckung durch ein unkalkulierbares nukleares Risiko nicht wirklich und im Ernst rechnen zu müssen.

Das Gleichgewicht des Schreckens durch die gesicherte nukleare Zweitschlagsfähigkeit der beiden Großmächte mag heute noch oder vielleicht wieder das stärkste Argument der Friedenssicherung sein. Aber dieses Gleichgewicht ist hochgradig instabil. Und die Kubakrise lehrt: Ein Versagen genügt. Das zwingt uns, neue Wege zu gehen. Neue Wege aber liegen zumeist in einer Renaissance, hier in einer Renaissance der Verhandlungen und Verträge, der gegenseitigen Berechenbarkeit und des gegenseitigen Vertrauens.

Es gilt also da anzusetzen, wo Harmel den Kern seiner Botschaft sah: Ein Klima der Stabilität, der Sicherheit und des Vertrauens zu schaffen. Es gilt, die strategische Partnerschaft zwischen Russland und der NATO wieder zu beleben und dabei die Instrumente zur Lösung von Problemen und Beilegung von Krisen und Konflikten, die in einer kooperativen und konstruktiven Phase der Beziehungen geschaffen wurden, wieder in Kraft zu setzen. Ich denke dabei insbesondere an den NATO-Russland-Rat auf den verschiedenen politischen und militärischen Ebenen. Ich bin sicher, unsere heutigen Politiker wissen nicht einmal, wie wichtig die Unterstützung der NATO für Russland im Zusammenhang mit dem Untergang der Kursk war. Sie wissen wohl auch nicht, dass Russland seine Truppen im Kosovo der NATO unterstellt und einen russischen General mit einem kleinen Stab in das NATO-Hauptquartier Europa integriert hatte.

V.

Der Wille zu einer neuen Phase der vertrauensvollen Zusammenarbeit scheint heute auf beiden Seiten nahezu erloschen und ist wohl auch nicht so ohne weiteres wiederzubeleben. Doch auch bilateral kann seine Spur wieder aufgenommen werden, im New-Start-Abkommen 2010 zwischen Russland und den Vereinigten Staaten beispielsweise, das die nuklearstrategischen Abkommen weiterführt und zeitweise eine neue Dynamik in die Beziehungen zwischen den beiden Staaten brachte. Seine Spur kann wieder aufgenommen werden in erneuten Verhandlungen über die Begrenzung von Raketenabwehrsystemen, schließlich und nicht zuletzt auch in gemeinsamen Interessen, etwa die weitere Verbreitung von nuklearen Waffen, Waffensystemen und Technologien zu verhindern oder Krisenherde wie den Nahen Osten einzudämmen und nach Möglichkeit gemeinsam zu befrieden.

„Keine Sicherheit ohne Russland“ ist inzwischen eine stehende Redewendung. In Erinnerung des Spannungsgefüges von Vielfalt und Einheit europäischer Geschichte, der Irrwege, Fehler und Irrtümer, ebenso aber auch der Glanzstücke ihrer Hochkultur, wächst Europa die Herausforderung und Anstrengung zu, als Anwalt „gemeinsam angewandter Vernunft“ (Carl Friedrich v. Weizsäcker) das große Ziel zu verwirklichen, das die Charta von Paris entwirft: eine umfassende Friedens- und Sicherheitsordnung mit dem „Gemeinsamen Haus Europa“ als gleichsam harten Kern. Europa muss endlich verstehen, die Führenden der europäischen Politik, allen voran die deutschen, müssen endlich verstehen, dass sich Europa zwischen den Vereinigten Staaten und Russland behaupten muss, um seinen Weg aus den Gefahren unserer Zeit zu gehen.

Auf diesem Weg sind drei zwar nicht hinreichende, aber zunächst doch notwendige, ineinander verschränkte Schritte notwendig:

- Erstens die Einsicht, dass jede Großmacht ihr Kuba hat. Das meint die definierte und gegenseitig respektierte Anerkennung strategischer Interessen, damit der Krieg in der Ukraine nicht in einen Krieg um die Ukraine entgleitet.
- Zweitens die Entideologisierung von Konflikten. Das gilt für Syrien ebenso wie für die Ukraine, für die Henry Kissinger eine „konsolidierte Neutralität“ vorgeschlagen hat, im Sinne einer stabilisierenden, gleichwohl progressiven Entwicklung im Gemeinsamen Haus Europa.
- Drittens Verhandlungen, die gegenüber Trennendem gemeinsamen Interessen den Vorrang geben und zu einer möglichst engen Verflechtung führen, deren Unterbrechung Folgen nach sich zieht, die keiner der Beteiligten will.

Mit Nachdruck hat C. F. v. Weizsäcker zum Umgang mit Krisen und Verwerfungen in unserer Zeit gefordert (ich zitiere): „Eine komplizierte Gesellschaft in raschem Wandel wie die unsere kann nicht überleben, geschweige denn die besten Wege finden ohne Einsicht. Einsicht aber wird uns nicht ohne vorherige äußerste Anstrengung der Wahrheitssuche gegeben“.

Wahr ist: Keine Sicherheit ohne Russland, aber ebenso „Keine Sicherheit ohne Amerika“. Das sollte Europa nicht vergessen. Dieses Axiom gilt für die Lösung der Probleme unserer Zeit, für die friedliche Beilegung von Krisen und die Beendigung von Konflikten.

Und wie der Fall Nordkorea oder die Spannungen im Westpazifik zeigen, wird auch Chinas Beitrag immer wichtiger. Die bipolare Welt nach dem II. Weltkrieg, geprägt durch ein bipolares Gleichgewicht der Kräfte, existiert nicht mehr. In einer multipolaren Welt vollziehen sich die großen weltpolitischen Entwicklungen vorrangig in einem Parallelogramm der politischen, kulturellen, wirtschaftlichen und militärischen Kräfte, das aus den Vereinigten Staaten, Europa, Russland und China gebildet wird. Jede einzelne Veränderung erzeugt eine Wirkung auf das Ganze. Deshalb muss auch in dieser Konstellation ein stabiles, aber eben multipolares Gleichgewicht angestrebt werden, wenngleich dies, wie die Komplexität und Dynamik der heutigen Krisen und Konflikte zeigen, äußerst schwierig geworden ist.

Was also sollte Europa tun?

Als Anwalt gemeinsam angewandter Vernunft sollte Europa in seinem ureigensten Interesse nach Kräften dazu beitragen, den Antagonismus zwischen Ost und West, die Spirale von Drohung und Gegendrohung, von Fehleinschätzung und Überreaktion zu überwinden. Voraussetzung für einen Erfolg ist die Einbindung der Vereinigten Staaten, sodass zunächst die vertrauensvolle Zusammenarbeit mit unserem engen Verbündeten wieder hergestellt werden muss. Auf dieser Basis könnte durch die Nordatlantische Allianz die strategische Partnerschaft mit Russland wiederbelebt und eine neue Phase der Entspannungspolitik nach dem Beispiel des Harmel-Berichts eingeleitet werden.

Auf dem letzten NATO-Gipfel ist die Russland-Politik der Allianz unter das Motto „Abschreckung und Dialog“ gestellt worden. Schon die Begrifflichkeit zeigt den Mangel an Bereitschaft, eine substantielle Verbesserung der Beziehungen anzustreben. Unsere Politiker müssen endlich verstehen, dass es an der Zeit ist, eine belastbare Antwort auf die Krisen und Konflikte unserer Zeit zu geben und zugleich die Chance zu wahren, auf weitere Herausforderungen in gemeinsam angewandter Vernunft zu antworten. Die Zeit drängt, im Sinne gemeinsam gesuchter Wahrheit und gemeinsam angewandter Vernunft in den Krisen unserer Zeit Wege zu einer Friedens- und Sicherheitsordnung von Vancouver bis Wladiwostok zu ebnen und zu gehen.

Ich danke Ihnen für Ihre Aufmerksamkeit und für Ihre Geduld.

Peter Brandt

Die historische Genese der bundesdeutschen Entspannungspolitik im europäischen Kontext

Zuvor einige Worte zur Themenstellung: Eine europäische Entspannungspolitik im Sinne eines durchweg gemeinsamen Projekts gab es nicht, eher ein Ensemble der jeweiligen nationalen Außenpolitiken in derjenigen Periode des Ost-West-Konflikts, der als Entspannungsphase bezeichnet werden kann, in gewissem Maß koordiniert in den beiden Bündnissystemen. Für diese Koordinierung und eine gewisse konzeptionelle Bündelung kam Ende 1967 dem Harmel-Bericht der NATO eine wichtige Rolle zu. Ich unterscheide also zwischen offenem Kalten Krieg und dem strukturellen, bis 1989/90 andauernden System-, Block- und Supermächtekonflikt. Auch in der Entspannungsphase wurde der Ost-West-Konflikt in der südlichen Hemisphäre von einer Vielzahl von Stellvertreterkriegen bzw. als solchen wahrgenommenen bewaffneten Konflikte begleitet.

Es ist unbestritten, dass im Rahmen der westlichen Entspannungspolitik der Bundesrepublik eine besondere Rolle zukam, und das hat natürlich mit der Teilung Deutschlands und den anderen noch nicht oder nicht definitiv geregelten Hinterlassenschaften des Zweiten Weltkriegs zu tun sowie mit der geographischen Lage an der Blockgrenze und der sich daraus ergebenden spezifischen Gefährdung.

Lassen Sie uns erst einmal einige Jahrzehnte weiter zurückgehen in die Zeit der Weimarer Republik nach dem Ersten Weltkrieg, den das Deutsche Reich bekanntlich verloren hatte. Es wird heute oft nicht gesehen, dass der im Hinblick auf Gebietsverluste und Reparationen, die Festlegung von Deutschlands Alleinschuld und die höchst selektive Anwendung des nationalen Selbstbestimmungsrechts drückende Versailler Frieden (für den das polemische Wort „Diktat“ sachlich durchaus zutreffend ist) von fast dem gesamten politischen Spektrum inhaltlich abgelehnt, vielfach für unerfüllbar und insofern zwingend revisionsbedürftig gehalten wurde. Sozialdemokraten und Zentrums Katholiken stimmten der Vertragsunterzeichnung in der Nationalversammlung nur zu angesichts der alliierten Drohung, den Krieg wieder aufzunehmen.

Relativ schnell entwickelte sich aber aus der damit nur angedeuteten Notlage der Republik ein außenpolitischer Ansatz, der manche Überlegungen und Methoden vorwegnahm, die man später dem Stichwort „Entspannung“ zurechnen wird. Zu Recht wird an dieser Stelle der der rechtsliberalen Deutschen Volkspartei angehörende kurzzeitige Reichskanzler und Außenminister der Jahre 1923-1929, Gustav Stresemann, hervorgehoben, dessen Politik der Verständigung und friedlichen Kooperation sich nicht nur graduell von der Machtorientierung des Kaiserreichs unterschied.

Dem Übergang zur Verständigungspolitik unter der Leitung Stresemanns war 1923 eine nochmalige dramatische Zuspitzung des Gegensatzes zwischen Deutschland und namentlich der französischen Siegermacht vorausgegangen, deren Armee zusammen mit belgischen Truppen unter dem Vorwand verspäteter Sachlieferungen (im Rahmen der deutschen Reparationspflicht) das Ruhrgebiet besetzte. Flankierend wurden separatistische Bestrebungen im linksrheinischen Gebiet gefördert. Zwar musste der von der deutschen Regierung verkündete sowie finanzierte und breit unterstützte passive Widerstand der Bewohner des Ruhrgebiets im Spätsommer 1923 abgebrochen werden, weil die durch die Zerrüttung des Staatshaushalts angeheizte Inflation – und diese beinhaltete auch eine soziale Katastrophe – völlig außer Kontrolle geriet und die innenpolitische Lage mehr und mehr durch rapide Radikalisierungsprozesse auf beiden Seiten des Spektrums gekennzeichnet war. Doch Frankreich konnte seine mit dem Einmarsch in das Ruhrgebiet verfolgten Ziele nicht erreichen; die Ruhrbesetzung war zudem weltweit unpopulär.

Der US-amerikanische Dawes-Plan brachte 1924 eine zwischenzeitliche Regelung der Reparationsproblematik, doch als wirklicher Durchbruch wurde erst der Vertrag von Locarno (Oktober 1925) empfunden, in dem Deutschland erneut (jetzt aber aus freien Stücken) auf Elsaß-Lothringen und Eupen-Malmedy verzichtete, während die Anerkennung der Grenze zu Polen (der „polnische Korridor“) in wesentlich unverbindlicherer Form erfolgte. Locarno brachte dem Deutschen Reich zudem die Option auf den Eintritt in den Völkerbund, der im Herbst 1926 erfolgte. Mit dem Vertragswerk verbunden war ferner die Aussicht auf eine baldige Räumung zuerst des Ruhrgebiets und dann des linksrheinischen Gebiets von alliierten Truppen; sie wurde bis 1930 in mehreren Etappen durchgeführt.

Jenseits der konkreten Resultate und darüber hinaus beinhaltete die Konferenz von Locarno eine qualitative Veränderung des Verhältnisses zwischen Siegern und Besiegten des Ersten Weltkriegs, die erstmals wieder auf gleicher Augenhöhe miteinander sprachen und verhandelten. In einer positiven Atmosphäre wurde eine Vertrauensbasis für künftige Abmachungen geschaffen. In Umrissen zeichnete sich sogar ein neues Staatensystem in Europa ab.

Es kann hier weder näher auf die dennoch sichtbaren Zwiespälte in Stresemanns Verhalten eingegangen werden – so pflegte er enge Kontakte zu Personen des rechtskonservativen und sogar des rechtsradikalen Lagers (wohl auch, um den Widerstand aus dieser Richtung gegen seine Politik zu dämpfen) und deckte die vertragswidrige geheime Aufrüstung der Reichswehr in Zusammenarbeit mit Sowjetrußland –, noch auf die tieferen Gründe für das Steckenbleiben der deutschen Verständigungspolitik nach Stresemanns frühem Tod. Doch scheint es mir wichtig, ergänzend das außenpolitische Konzept der SPD, der Hauptstütze der Republik, formuliert hauptsächlich von Hermann Müller, dem Vorsitzenden der Reichstagsfraktion und Reichskanzler 1928-30, Rudolf Breit-

scheid, dem Mit-Vorsitzenden der Reichstagsfraktion, und dem Parteitheoretiker Rudolf Hilferding, zu skizzieren. Die sozialdemokratische Reichstagsfraktion gab Stresemanns Initiativen die notwendige parlamentarische Rückendeckung und war insofern auch praktisch beteiligt.

Die seit 1922 wieder vereinigte SPD erstrebte die Gleichberechtigung Deutschlands – das unterschied sie von der Rechten – nicht, damit wieder traditionelle Macht- und Hegemonialpolitik getrieben werden konnte. Sie wollte die Einbindung des Deutschen Reiches in ein immer dichteres Netz gegenseitiger Abhängigkeiten zwischen den Staaten, die Verrechtlichung der internationalen Beziehungen, wirtschaftlich-politische Kooperation und in der Perspektive Integration. Das war keine spezifisch sozialistische Zielsetzung in dem Sinn, dass sie nicht auch im Rahmen einer kapitalistischen Weltwirtschaftsordnung verwirklicht werden konnte. Sie wurde nachdrücklich aber vor allem von sozialdemokratisch-sozialistischen Parteien verfochten, die damit an ihre Stellungnahmen der Vorkriegs- und Kriegszeit anknüpften. Realpolitisch relevant war diese Perspektive für Deutschland deshalb, weil sie den Interessen wichtiger Sektoren auch des bürgerlichen Lagers (in der exportorientierten Wirtschaft, in den Mittelparteien und im Auswärtigen Amt, wo das Umdenken schon vor dem Herbst 1918 begonnen hatte) eher Rechnung trug als ein nationaler Revanchismus. Insofern gab es, vor allem in der Methodik, Übereinstimmungen mit Stresemanns Ansatz.

Auch wenn die Sozialdemokraten in dem 1919 ohne Deutschland gegründeten Völkerbund faktisch noch ein „Kollegium kapitalistischer Regierungen“ sahen, strebten sie dessen Weiterentwicklung zu einer wirksamen, rechtswahrenden internationalen Autorität an – einschließlich der Beschränkung nationaler Souveränitäten. Man dachte sowohl an die Parlamentarisierung des Völkerbundes durch Bildung einer internationalen Repräsentation der Völker aus den Einzelparlamenten als auch an dessen Universalisierung, sprich: die Hereinnahme der USA und der Sowjetunion.

Ungeachtet dieser weitreichenden Perspektiven setzte die Außenpolitik der SPD eindeutige Prioritäten. Breitscheid und andere entwickelten, ohne von der Kritik an der Expansionspolitik der französischen Rechten abzugehen, welche eine nachträgliche Erweiterung der friedensvertraglichen Bestimmungen von 1919 zugunsten Frankreichs anstrebte, doch zunehmend Verständnis für das französische Sicherheitsinteresse auch im militärischen Bereich. Die Verständigung mit Frankreich, von deutscher Seite gezielt betrieben, sollte den sicherheitspolitischen Maximalismus des westlichen Nachbarn aufweichen. Es war auch ersichtlich, dass Fortschritte bei der internationalen Abrüstung ohne eine wesentliche Verbesserung der deutsch-französischen Beziehungen nicht erzielt werden können.

Während die Deutschnationalen, die vor dem Aufstieg der NSDAP große Rechtspartei, und ähnlich Gesinnte überall nach potentiellen Bündnissen

gegen die französischen Hegemonieansprüche Ausschau hielten, konnte für die SPD der Weg zum Aufstieg Deutschlands und zur Gesundung Europas nur über ein direktes Arrangement mit Frankreich eröffnet werden. Selbst als in der Endphase der Weimarer Republik angesichts der Weltwirtschaftskrise und des Abflusses der kurzfristigen amerikanischen Anleihen die Reparationsfrage wieder zu einem großen innenpolitischen Thema wurde und als überdies das Abrücken Englands und der USA von der Nachkriegsordnung erkennbar wurde, hielten die SPD-Reichstagsfraktion und der Parteivorstand mit großer Konsequenz an der deutsch-französischen Verständigung fest als unumgängliche Voraussetzung und Kernelement multilateraler Friedenslösungen.

Relativ unproblematisch war das Verhältnis der Weimarer Republik zur Sowjetunion. Russland gehörte, weil 1917 von Deutschland besiegt und aus dem Krieg ausgeschieden, zu den Verliererstaaten; es stand zudem in einem Gegensatz vor allem zu den Westmächten, die im Bürgerkrieg faktisch zugunsten der „Weißen“ interveniert hatten, sowie zu den mit ihnen verbündeten, an seiner Westgrenze gelegenen, teilweise ganz neu geschaffenen Staaten, namentlich Polen. Es ergab sich aus dieser Konstellation die Orientierung der UdSSR auf Deutschland und das Streben nach Zusammenarbeit mit ihm, trotz aller ideologischen Gegensätze und der unterschiedlichen gesellschaftlichen und politischen Ordnung.

An der Normalisierung der deutsch-russischen Beziehungen, einem Einvernehmens der beiden Parias der Versailler Ordnung, musste auch das Deutsche Reich interessiert sein, wobei darauf zu achten war, dem sofort auftauchenden Verdacht eines antiwestlichen Bündnisses so wenig wie möglich Nahrung zu geben. Von der wirtschaftlichen (und der geheimen militärischen) Zusammenarbeit abgesehen, beinhalteten die beiden grundlegenden Verträge von Rapallo (1921) und Berlin (1926) den gegenseitigen Verzicht auf Ansprüche aus der Vergangenheit und eine wechselseitige Neutralitätsverpflichtung im Kriegsfall. Es war charakteristisch für die politische Szenerie Deutschlands in den 1920er Jahren, dass ein regelrechtes Zusammengehen Deutschlands mit Russland, neben den Kommunisten, trotz des vehementen Antibolschewismus eher in Teilen der Rechten befürwortet wurde (natürlich beschränkt auf die Außenpolitik), während die bürgerliche Mitte und namentlich die Sozialdemokratie keinen Gegensatz zu den Verständigungsbemühungen mit den westlichen Siegermächten des Ersten Weltkriegs aufkommen lassen und deshalb auf alles Demonstrative bei der Vertragspolitik mit der Sowjetunion verzichten wollten.

*

Die Entstehung des Ost-West-Konflikts und dessen Zuspitzung zum Kalten Krieg in den Jahren nach dem Zweiten Weltkrieg war ein historisches Novum: durch die absolute Hegemonie der beiden Führungsmächte und durch die Alldimensionalität des Ringens der beiden Lager – außer dem direkten militärischen Schlagabtausch. Indem die Sowjetunion das Kernwaffenmonopol der USA durchbrach, dann auch Interkontinentalraketen entwickelte, entstand durch die gesicherte Zweitschlagskapazität das (relative) „Gleichgewicht des Schreckens“.

Der große Atomkrieg war keine rationale militärstrategische Option, auch wenn Militärexperten beider Seiten stets weiter über dessen Gewinnbarkeit nachdachten. Wo die Blockgrenzen fest gezogen waren, also namentlich in Europa, wurden sie – auch in den Jahren, als die USA-Außenpolitik rhetorisch ein „Rollback“ des Kommunismus anstrebte – beiderseits letztlich respektiert. Und selbst inmitten dieser Periode funktionierte im Herbst 1956 – zeitlich parallel zum Ungarnaufstand – ein amerikanisch-sowjetisches Krisenmanagement, als die Supermächte die neokoloniale Intervention Großbritanniens und Frankreichs gegen Ägypten, das den Suezkanal nationalisiert hatte, und den gleichzeitigen Angriff Israels auf den ägyptischen Sinai stoppten.

Schon in den 50er Jahren gab es immer wieder gedankliche Impulse, die auf eine Entspannung zwischen den Weltmächten und den von ihnen geführten Paktsystemen zielten, namentlich in Europa, zuerst kurz nach Stalins Tod 1953 seitens der neuen Sowjetführung wie auch seitens des britischen Premiers Winston Churchill und einige Jahre später seitens des polnischen Außenministers Rapacki, der, wie auch einige westliche Politiker, eine atomwaffenfreie Zone in Mitteleuropa vorschlug. Nicht zufällig waren alle diese Initiativen mit Überlegungen verbunden, die deutsche Frage einer Lösung näherzubringen.

Zum Höhe- und Wendepunkt des Kalten Krieges wurde die Doppelkrise um Berlin und Kuba 1961/62, als die Welt in den atomaren Abgrund blickte. Zunächst aus reinem Selbsterhaltungsinteresse kamen die beiden Supermächte zu ersten kriegsverhindernden und spannungsdämpfenden Verabredungen, wozu die Einrichtung eines „roten Telefons“ und das atomare Teststoppabkommen gehörten. Die neue US-amerikanische Kennedy-Administration ließ sich, wie auf der anderen Seite Nikita Chruschtschow und seine Nachfolger, auf eine Koexistenz und eine „Strategie des Friedens“ ein, beiderseits überzeugt, dass sich das eigene System im friedlichen, mit partieller Kooperation verbundenem Wettstreit letztlich durchsetzen, zumindest behaupten würde.

Das atomare Patt beförderte die Umstellung der westlichen Militärdoktrin von der „massiven Vergeltung“, die jetzt der Drohung mit einer den Suizid einschließenden beiderseitigen Vernichtung gleichkam, zur „flexible response“ oder abgestuften Verteidigung. Der Wunsch lag nahe, auf einen unterstellten konventionellen Angriff oder einen örtlichen militärischen Zusammenstoß, der auch aus einer wechselseitigen Fehlperzeption entstehen konnte, nicht sofort

mit einem atomaren Großangriff antworten zu müssen, wenn man nicht kapitulieren wollte. Für die Bundesrepublik war die Strategie der flexible response kaum weniger problematisch als die der massiven Vergeltung, denn bereits ein konventioneller und vermutlich bald mit taktischen Atomwaffen ausgefochtener Krieg hätte in Mitteleuropa unvergleichlich schlimmere Verwüstungen und Menschenverluste mit sich gebracht als die letzten Monate des Zweiten Weltkriegs. Sicherheitspolitiker der CDU/CSU, so der Verteidigungsminister von 1956 bis 1962, Franz-Josef Strauß, befürchteten die Absenkung der Risikoschwelle für eine angenommene Aggression des Ostblocks. Dass ein Krieg in Europa, zumindest in der Theorie, jetzt wieder eher führbar schien, musste aber auch dezidierte Friedensfreunde beunruhigen.

Ein realer Krieg wurde während der Inkubationsphase der Entspannung in Vietnam geführt, wo die USA sich (letzten Endes vergeblich) anschickten, mit ihrer geballten Militärmacht die nordvietnamesische Armee und die mit ihr verbündete südvietnamesische Befreiungsfront (FNL) niederzurufen. Die Weichen für die amerikanische Intervention in den Bürgerkrieg wurden schon unter Kennedy gestellt; die Eskalation erfolgte 1964/65 unter dessen Nachfolger Johnson. Man befürchtete ein weiteres Vordringen des Kommunismus in Asien und strebte einen exemplarischen Sieg über die antiimperialistischen-antiwestlichen Befreiungsbewegungen in der „Dritten Welt“ an. Auf die Ost-West-Beziehungen hatte der Vietnamkrieg eine ambivalente Wirkung: Zwar stand der Sowjetblock (ebenso wie China) auf der Seite Nordvietnams und der FNL, unterstützte diese materiell, auch mit Waffenlieferungen, und das musste die Beziehungen zu den USA belasten, doch verstärkte das amerikanische Engagement andererseits das Interesse der US-Regierung an Ruhe in Europa, zwischen den Militärpakt, auf der Basis des territorialen Status quo.

Die Auflockerung der bipolaren Staatenordnung wurde von den europäischen Verbündeten der Supermächte zu mehr Eigenständigkeit in der Außenpolitik genutzt (und jene dadurch weiter vorangetrieben), in erster Linie von Rumänien und vom Frankreich de Gaulles; beiden ging es vor allem um die nationale Unabhängigkeit, gerade im Hinblick auf die beginnende Entspannung; nach dem Aufbau einer eigenen Atomstreitmacht löste sich Frankreich 1966 aus der militärischen Integration der NATO.

Der „deutsche Gaullismus“, der sich in der ersten Hälfte der 60er Jahre in der CDU/CSU, und dort eher dem rechten Flügel, abzeichnete, entstand hauptsächlich aus der von de Gaulle geteilten Sorge, die USA könnten sich über die Köpfe ihrer europäischen Verbündeten hinweg mit der Sowjetunion verständigen. Während die deutschen Gaullisten entspannungsskeptisch, wenn nicht entspannungsgegnersch eingestellt waren, ging es dem französischen Präsidenten selbst darum, dass die nationalen Interessen Frankreichs im Ost-West-Verhältnis gewahrt würden.

Doch auch das ost- und deutschlandpolitische Denken des ersten Bundeskanzlers Konrad Adenauer war weniger starr als seine Reden lange vermuten ließen. Am Ende seines Lebens nahm er die Sowjetunion nicht mehr als aggressive, sondern als eine am Frieden interessierte Macht wahr. In den letzten Jahren seiner Amtszeit (die 1963 endete) schlug Adenauer dem Kreml insgeheim ein zehnjähriges Stillhalteabkommen unter Verzicht auf Propagandakrieg zwischen der Bundesrepublik und der DDR vor, wenn dort größere innere Freiheiten hergestellt und Ostdeutschland militärisch neutralisiert würde. Die Westbindung der Bundesrepublik wollte er indessen unter keinen Umständen zur Disposition stellen. Man muss allerdings fragen, welches Interesse die Sowjetunion an einer „Österreich-Lösung“ allein für die DDR hätte haben können.

Die Außen- und Deutschlandpolitik der SPD in den 50er Jahren ist mit dem Terminus „neutralistisch“ nicht zutreffend beschrieben. An ihre Einstellung in der Weimarer Republik anknüpfend, wo sie ungeachtet der strikten Ablehnung des sowjetkommunistischen Systems für normale zwischenstaatliche Beziehungen zur UdSSR eingetreten war, unterschied die SPD in der Frühphase der Bundesrepublik zwischen der Notwendigkeit ideologischer Auseinandersetzung und der Zwangslage, die aus der Rolle der Sowjetunion als Besatzungsmacht resultierte.

Die unablässige konzeptionelle Suche nach einem Status für Gesamtdeutschland, der für alle vier Siegermächte akzeptabel sei, hatte stets in erster Linie Moskau im Blick. Der unabhängige, blockfreie Nationalstaat (1952 in Reaktion auf die Stalin-Noten), das regionale Disengagement in Mitteleuropa (1956-59 in Reaktion auf den Rapacki-Plan) und die Einbindung des vereinten Deutschlands in ein blockersetzendes gesamteuropäisches Sicherheitssystem (ab 1954/55 in Reaktion auf die von Adenauer betriebene, Westdeutschland allein einbeziehende Westintegration) stellten Varianten dieses Suchens dar.

Die Sozialdemokraten ließen sich darauf ein, die legitimen Sicherheitsinteressen der UdSSR von ihren expansionistisch-repressiven Bestrebungen zu trennen, und begannen, die sowjetischen Interessen überhaupt zu berücksichtigen. Im Zuge dieser Realitätswahrnehmung ließ die SPD, die anfangs den staatlichen Charakter der DDR ebenso bestritten hatte wie die Regierungsparteien, gegen Ende der 50er Jahre auch die Bereitschaft erkennen, die Existenz eines zweiten deutschen Staates für eine begrenzte Zeit hinzunehmen und die DDR im Vereinigungsprozess prozedural zu beteiligen (Deutschlandplan vom 18. März 1959). Das war nur gut ein Jahr, bevor die SPD-Bundestagsfraktion am 30. Juni 1960 in legendären Reden von Herbert Wehner und Fritz Erler die Weichenstellungen der CDU-geführten Regierungen seit 1949 als Grundlagen der eigenen künftigen Deutschland-, Sicherheits- und Außenpolitik anerkannte. Das beinhaltete keine Desavouierung der sozialdemokratischen Position während der 50er Jahre, zog aber einen Schlussstrich unter die bisherigen Bemühungen. In der ersten Hälfte der 60er Jahre suchte sich die SPD geradezu

als Gralshüterin des westlichen Bündnisses, insbesondere des Atlantizismus, hervorzutun.

Dass die starre politische und mentale Ordnung des Ost-West-Konflikts schon Anfang und Mitte der 60er Jahre aufgelockert wurde, hatte nicht zuletzt mit innergesellschaftlichen Entwicklungen zu tun. Konvergenztheorien hoben auf Angleichungstendenzen der kapitalistischen und der staatssozialistischen Gesellschaften ab, die sich aus der beiderseits industriewirtschaftlichen Dynamik ergäben. Erst jetzt konnte man im Westen von einem auch die sozial untere Hälfte der Bevölkerung erfassenden Wohlfahrtskapitalismus sprechen. Der Lebensstandard im Osten blieb weiterhin zurück (auch unter Berücksichtigung der industriellen und allgemein zivilisatorischen Zurückgebliebenheit der meisten dieser Länder beim Systemwechsel nach 1917 bzw. nach 1945), stieg aber erkennbar an.

Auf der politischen Ebene warf die „Entstalinisierung“ im Osten die Frage nach gründlicheren inneren Reformen auf. Mehr oder weniger weitgehende Reformexperimente kamen zeitweise zum Zuge, nachdem die blutige Niederschlagung des Ungarnaufstands durch die Sowjetarmee 1956 zuerst die von Moskau gezogenen Grenzen markiert hatte und dann eine neue ungarische Führung einen Liberalisierungskurs einschlug. Auch im Westen zeichneten sich neue Politik- und Wertemuster ab, die die vorrangige Bezugnahme auf die andere Seite im globalen Systemkonflikt relativierte. Das betrifft nicht erst die jugendliche Protestbewegung, die üblicherweise mit dem Jahr 1968 assoziiert wird, aber eine längere Vorgeschichte hat, sondern auch ein Um- bzw. Neudenken in den etablierten politischen Formationen, namentlich, doch nicht allein links der Mitte.

Die Abschwächung der Fixierung des politischen Lebens auf den Ost-West-Gegensatz drückte sich schon um 1960 auch in neuen, parteiunabhängigen Bewegungen aus, unter denen die gegen die Atomwaffenrüstung hier besonders relevant ist. In Westdeutschland bildeten die Ostermärsche der Atomwaffengegner das Verbindungsglied zwischen den sozialdemokratisch dominierten, sowohl friedens- als auch deutschlandpolitisch motivierten Protestbewegungen der 50er Jahre gegen die Wiederbewaffnung im Rahmen eines Westbündnisses und die Stationierung von Atomwaffen einerseits, der sogenannten 68er Bewegung andererseits.

Für die Bundesrepublik war die neue Konstellation nach dem Mauerbau mit der Notwendigkeit einer flexibleren Außenpolitik verbunden. Der dezidierte „Atlantiker“ Gerhard Schröder (CDU), Außenminister 1961-1966, bemühte sich unter Aufrechterhaltung aller Rechtspositionen, so der Weiterexistenz des Deutschen Reiches in den Grenzen von 1937, und der den mit Ausnahme der UdSSR automatischen Abbruch der diplomatischen Beziehungen zu Staaten, die die DDR völkerrechtlich anerkannten, vorschreibenden Hallstein-Doktrin, um die Intensivierung der Beziehungen zu den nichtrussischen Staaten Osteu-

ropas. Diesem von der SPD gegen einen Teil des Regierungslagers nachhaltig unterstützten Ziel diente die Einrichtung von Handelsmissionen in Polen, Rumänien, Ungarn und Bulgarien 1965/64. Es ging Schröder um die Isolierung der DDR im Ostblock und damit indirekt auch um eine Beeinflussung der Sowjetunion.

Eine teilweise andere Richtung schlug der Westberliner Regierende Bürgermeister und (seit 1964) SPD-Vorsitzende Willy Brandt ein. Für die Berliner Sozialdemokraten bedeutete der 13. August 1961 einen Schock. Ihre Sprache gegenüber dem Osten verhärtete sich bis hin zu quasi religiösen Formulierungen („Macht der Finsternis“). Die DDR erschien als ein „erbärmlicher Satellitenstaat, der weder deutsch noch demokratisch noch eine Republik ist“, als „Kolonialregime besonderer Art“. Es war die Rhetorik des Kalten Krieges. Schneller und radikaler als im eigentlichen Bundesgebiet spürten die Berliner Sozialdemokraten jedoch den Zwang, der von der amerikanischen Respektierung der östlichen Machtsphäre ausging.

Das Bemerkenswerte der „Politik der kleinen Schritte“, wie sie zwischen Herbst 1961 und Ende 1963 schrittweise konzipiert und in den folgenden Jahren konzeptionell vertieft wurde, bestand zunächst in der Schnelligkeit, mit der der Kreis um Willy Brandt, zu dem nicht zuletzt Egon Bahr gehörte, zu einer realistischen Situationsanalyse kam und bereit war, politische Schlussfolgerungen zu ziehen. Zugute kam ihm dabei die in der Publizistik zunehmend verbreitete Erkenntnis, dass die Deutschlandpolitik neuer Anstöße bedürfe, wenn der Anspruch auf die Einheit Deutschlands nicht zum alleinigen Gegenstand von „Sonntagsreden“ werden solle. Seit 1963 regierte die Westberliner SPD statt wie zuvor mit der CDU mit der FDP des linken Nationalliberalen William Borm. (In Teilen der FDP, nicht nur Berlin, wurden im weiteren Verlauf ähnliche entspannungspolitische Überlegungen angestellt wie in der SPD.) Misstrauen war nicht nur aufseiten der Bundesregierung zu überwinden. Auch in der eigenen Partei waren gerade die engagierten Verfechter der Wende von 1960 skeptisch, so dass Brandt auch aus diesem Grund Vorsicht walten lassen und taktieren musste. Anfangs, 1961/62, handelte es sich ohnehin noch mehr um einen modifizierten Konfrontationskurs, der aber unter dem Zwang der Verhältnisse und aufgrund praktischer Erfahrungen einem wirklichen Entspannungskurs wich.

In Berlin ging es vor allem darum, die Mauer durchlässiger zu machen, wenn man bis auf weiteres gezwungen war, mit ihr zu leben. Da nicht nur den Ostberlinern der Übergang in den Westen, sondern auch den Westberlinern der Zugang in den Ostteil der Stadt verwehrt war, wodurch auch zahlreiche Familien auseinandergerissen waren, konzentrierte sich das Interesse auf eine Passierscheinregelung. Die eigentliche Hürde bildeten bei Verhandlungen die Statusfragen.

Als der Berliner Senat Ende 1963 erstmals einen Beauftragten für Gespräche mit einem Beauftragten der DDR-Regierung benannte, war ein Tabu ge-

brochen. Die rettende Formel, beide Seiten hätten sich auf Amts- und Ortsbezeichnungen nicht verständigen können, erlaubte es der neuen Politik, in den Jahren 1963-1966 ihre humanitären und national verbindenden Wirkungen zu entfalten. Mit einer Mehrheit von über 60 % SPD-Stimmen bei der Wahl zum Abgeordnetenhaus zu Jahresbeginn 1963 (mit der FDP fast 70 %) und einer eher noch breiteren Unterstützung in der Bevölkerung für konkrete Schritte war die Senatsregierung, gedeckt von den Alliierten und auch vom Bonner Minister für Gesamtdeutsche Fragen, Erich Mende (FDP), im Innern stark genug, ihren Weg weiterzuverfolgen.

Das Schlagwort „Wandel durch Annäherung“ wurde zum Kennzeichen für die von der Brandt-Gruppe eingeleitete Politik. Am 15. Juli 1963 – mit dem Atomteststopp-Abkommen zeichnete sich ein erstes praktisches Ergebnis der seit November 1962 vorsichtig eingeleiteten Entspannung zwischen den Weltmächten ab – sprachen Willy Brandt und Egon Bahr in der Evangelischen Akademie Tutzing. Brandt kritisierte zum wiederholten Mal den Immobilismus der westdeutschen Deutschlandpolitik. „Das bloße Beharren bietet keine Perspektive“. Eine Lösung der Deutschen Frage sei nur mit der Sowjetunion möglich, nicht gegen sie. „Wir können nicht unser Recht aufgeben, aber wir müssen uns damit vertraut machen, dass zu seiner Verwirklichung ein neues Verhältnis zwischen Ost und West erforderlich ist“. Diese zu erwartende Zeitspanne könne und müsse durch die Erleichterung des Lebens der Menschen erträglicher gemacht werden. Bahr ging weiter, indem er, sich auf Kennedy (und amerikanische Konvergenztheorien) berufend, feststellte, eine Veränderung des Status quo sei nur möglich auf der Basis seiner Akzeptierung. Es gelte, die kommunistische Herrschaft zu verändern, nicht, sie abzuschaffen, und zwar auch in der DDR. Dabei maß Bahr insbesondere den Handelsbeziehungen eine wichtige Rolle zu. Eine gewisse Stabilisierung der politischen Ordnung im Osten sei gerade erwünscht, denn sie mache den Wiederannäherungs- und Wiedervereinigungsprozess „mit vielen Schritten und vielen Stationen“ kontrollierbar und somit für die UdSSR erträglich. „Die Zone muss mit Zustimmung der Sowjets transformiert werden“.

Bahrs Rede erregte großes Aufsehen und stieß auch innerhalb der SPD nicht nur auf Zustimmung. Zwar bestand in der Partei Konsens über die Notwendigkeit, das Verhältnis der Bundesrepublik zur Sowjetunion und zu den anderen Ostblockstaaten zu verbessern, aber an eine Einbeziehung der DDR hatten bislang nur wenige Sozialdemokraten gedacht. Es dauerte noch rund drei Jahre, bis das Berliner Konzept in der SPD wirklich durchgedrungen war.

Die deutschlandpolitische EntschlieÙung des Dortmunder SPD-Parteitags vom Juni 1966 konstatierte die Veränderung der weltpolitischen Lage und die Festigung der SED-Herrschaft in der DDR (noch „SBZ“ genannt) seit Beginn der 60er Jahre und forderte, den „Handlungsspielraum gegenüber dem Regime in der SBZ“ im Bereich der innerdeutschen Kommunikation voll auszuschöp-

fen. „Es dient dem Zusammenhalt unseres Volkes und der Bewahrung unserer nationalen Substanz“. Ohne den Alleinvertretungsanspruch der Bundesrepublik und den Grundsatz der Nichtanerkennung der DDR formell aufzugeben, wurde eine weitaus flexiblere Handhabung ins Auge gefasst, und Willy Brandt sprach nach dem Deutschlandplan von 1959 erstmals wieder von der Möglichkeit eines „qualifizierten, geregelten und zeitlich begrenzten Nebeneinander der beiden Gebiete“ als Zwischenlösung der Deutschen Frage, „wenn durch internationale Entscheidungen die Weichen gestellt sind und im anderen Teil Deutschlands die freie Meinung sich entfalten kann.“

Als die wichtigsten internationalen Voraussetzungen einer Lösung der Deutschen Frage galten Rüstungskontrolle und Entspannung mit dem Ziel der Abrüstung und Blocküberwindung. Helmut Schmidt forderte einen eigenen Entspannungsbeitrag der Bundesrepublik in Mitteleuropa. „Eine Wiedervereinigung in einem Akt mit anschließender freier Aushandlung des Friedensvertrags ist (...) ein irreales Konzept geworden. Ein Versuch der Vereinbarung einer Sequenz von Stufen, bei der das Betreten der ersten Stufe voraussetzt, dass rechtliche Bindungen auch schon hinsichtlich der letzten eingegangen sind, ist in der gegenwärtigen Lage Europas ebenfalls unreal (...) Wir Deutschen selbst müssen vielmehr, das Ziel fixierend, bereit sein, Schritte zu tun, obgleich die weiteren Stadien des Weges nicht im Voraus einzeln festgelegt sind.“

Mit diesen Vorstellungen ging die SPD Ende 1966 in die Große Koalition. Sie konnte wegen des Widerstands der CDU / CSU nur einige erste Schritte von dem durchsetzen, was der neue Außenminister Willy Brandt „Friedenspolitik im nationalen Interesse“ und die „europäische Aufgabe des deutschen Volkes“ nannte. Als aufgrund der Bundestagswahl 1969 mit knapper Mehrheit eine SPD-FDP-Koalition zustande kam, waren einer späteren Aussage Egon Bahrs zufolge, des Leiters des Planungsstabes im Auswärtigen Amt 1967-69, die konzeptionellen Vorbereitungen so weit vorangetrieben worden, dass im Zuge der Vertragsverhandlungen mit Moskau 1970 keine einzige nicht vorher bedachte Situation entstanden sei.

Vorbereitende Gespräche hatte Willy Brandt 1966 noch als Regierender Bürgermeister Berlins durch die Vermittlung des schwedischen Generalkonsuls mit dem sowjetischen Botschafter in der DDR, Pjotr Abrassimow, geführt; ab Herbst 1967 spielten dann auch enge Gesprächskontakte mit den italienischen Kommunisten eine Rolle, die ihrerseits auf die Dynamik eines gesamteuropäischen Entspannungsprozesses hofften. 1968/69 verdichtete sich der Meinungsaustausch mit sowjetischen Amtsträgern, auch mit Außenminister Gromyko, und im August 1969 weilte eine SPD-Delegation mit Helmut Schmidt in Moskau, wo einen Monat zuvor schon eine FDP-Delegation empfangen worden war.

Zwar fand die Bundesrepublik, der die Isolierung gedroht hatte, in der Ära der GroÙen Koalition wieder Anschluss an die internationale Politik, nicht zuletzt im westlichen Bündnis, aber ansonsten bereitete die Regierung Kiesinger

/ Brandt außenpolitisch eher das Terrain vor für das, was danach kam und auf eine seit Frühjahr 1969 veränderte Haltung der UdSSR gegenüber dem westlichen Deutschland stieß. Im Unterschied zu den beiden Vorjahren machte die Sowjetunion einen umfassenden Dialog nicht mehr von der vorherigen Erfüllung östlicher Forderungen abhängig und deutete die Bereitschaft an, den Status quo auch dort zu respektieren, wo er – wenn auch seit 1963 nur noch theoretisch – von der östlichen Seite in Frage gestellt wurde: in West-Berlin.

Die Sowjetführung sah sich durch die Verschärfung des Konflikts mit China (Grenzscharmützel am Ussuri), das wieder stärkere Engagement der USA in Europa angesichts des beginnenden Abzugs aus Vietnam und das Bedürfnis nach wirtschaftlicher Kooperation mit dem Westen zu dem Verständigungsversuch gedrängt, der nach der „Einhegung“ des Ostblocks durch die CSSR-Invasion, mit der der Prager Reformsozialismus „mit menschlichem Antlitz“ niedergewalzt wurde, zugleich ein geringeres Risiko zu enthalten schien, als das in den Vorjahren der Fall gewesen wäre. Auf der westlichen Seite bremste der Einmarsch der Warschauer-Pakt-Staaten in die Tschechoslowakei im August 1968 zunächst die Entspannungspolitik, bestärkte sie aber letztlich in ihrem Ansatz und namentlich darin, dass an Moskau kein Weg vorbeiführte. Ohne die strikte Beachtung der Devise „Moskau zuerst“ wären die bundesdeutschen Ostverträge der Jahre 1970-73, die den Durchbruch für den folgenden Helsinki-Prozess brachten, kaum zustande gekommen.

Wolfgang Biermann

„Wandel durch Annäherung: Von den Ostverträgen zum Fall der Mauer und dramatischer Abrüstung in Europa“

Vorbemerkung:

Vor genau 55 Jahren, am 28. Oktober 1962, entschied sich US-Präsident Kennedy für das erste „Rüstungskontrollabkommen“ mit Moskau. Diese Vereinbarung Kennedys mit Nikita Chruschtschow beendete die Kuba-Krise. Das war ein erster Schritt zur „amerikanischen“ Entspannungspolitik und eröffnete den Weg zu einer – wie auch immer begrenzten – Kooperation zwischen den beiden Supermächten. „Kriegsverhütung durch Rüstungskontrolle“ war auch einer der vier Grundpfeiler der Entspannungspolitik Willy Brandts.¹

Seit einigen Jahren warnen Experten in den USA vor einer neuen „Kuba-Krise“,² die zum Atomkrieg eskalieren kann.³ Unter ihnen, wie wir gestern von General Kujat hörten, ist auch der ehemalige US-amerikanische Verteidigungsminister William Perry, der davor warnte, dass die **Gefahren einer Atomkatastrophe heute größer seien als während des Kalten Krieges.**“

Genau 55 Jahre nach der Kuba-Krise wiederholte Perry diese Warnung erneut angesichts der „Korea-Krise“⁴. Gruppen der US-Friedensbewegung organisieren zur Zeit Unterschriften zur Unterstützung des Appells von Michail Gorbatschow an die beiden Präsidenten Putin und Trump zu einem Gipfeltreffen zur Lösung der brennenden Probleme.⁵

Nach der Kuba-Krise verkündete John F. Kennedy die Wende der USA zu einer „Strategy for Peace“, an die der Wandel durch Annäherung anknüpfte. Beginnen wir also mit Kennedys Strategie.

- 1 2012-10-16. – (NTI) Fifty Years after Cuban Missile Crisis, Nuclear Threat Still Looms: www.nti.org/newsroom/news/fifty-years-after-cuban-missile-crisis-nuclear-threat-still-looms/
- 2 Die vom früheren Senator Sam Nunn geleitete Initiative gegen nukleare Bedrohung (Nuclear Threat Initiative (NTI)) 50 Jahre nach der Kuba-Krise:
- 3 „Ein halbes Jahrhundert nach der kubanischen Raketenkrise halten die Vereinigten Staaten und Russland immer noch Tausende von Atomwaffen bereit, um bei Alarm sofort gegeneinander gestartet zu werden. Dieser Alarmzustand erhöht das Risiko eines versehentlichen oder unbefugten Starts von nuklearen ballistischen Raketen - entweder durch technisches Versagen, menschliches Versagen oder Fehlverhalten.“ übersetzt aus: <http://www.nti.org/newsroom/news/fifty-years-after-cuban-missile-crisis-nuclear-threat-still-looms/>
- 4 <http://neue-entspannungspolitik.berlin/william-j-perry-haben-wir-den-kalten-krieg-vergessen-die-atomkriegsgefahr-ist-heute-groesser-als-je-zuvor/>
- 5 Mikhail Gorbachev: My plea to the presidents of Russia and the United States, in: Washington Post, 11. October 2017 – Join Mikhail Gorbachev's plea to the presidents of Russia and the United States: https://act.rootsaction.org/p/dia/action4/common/public/?action_KEY=13100.

28. Oktober 1962: Kennedy stoppt Eskalation der Kuba-Krise – Rüstungskontrolle statt Krieg

Nach dem Bau der Berliner Mauer im August 1961 drohte der Kalte Krieg mit der kubanischen Raketenkrise im Oktober 1962 bis zum Atomkrieg zu eskalieren.

Buchstäblich in letzter Minute, am 28.10.1962 – nachdem alle Vorbereitungen für den Atomwaffeneinsatz getroffen waren, um Moskau zum Abzug seiner Atomraketen aus Kuba zu zwingen – vereinbarte John F. Kennedy (entgegen dem Rat der meisten Berater des Präsidenten und des Pentagon) mit Nikita Chruschtschow den Abzug der sowjetischen Atomraketen aus Kuba sowie der (damals zunächst verschwiegenen) amerikanischen Atomraketen (Jupiter) aus der Türkei.

10. Juni 1963: Wandel zur „Strategy for Peace“

Diese Erfahrung war Ausgangspunkt für Kennedys Beschluss zu einem grundsätzlichen Wandel der US-Außenpolitik, um durch Kooperation statt Konfrontation einen Atomkrieg zu verhindern, der – so Kennedy in seiner „Friedens-Rede“ vor der American University am 10. Juni 1963, zur „Vernichtung beider Länder binnen 24 Stunden hätte führen können“⁶

Deshalb müssten die USA ihre „Strategy of Peace“ entwickeln anstelle der „PaxAmericana, die der Welt durch amerikanische Kriegswaffen aufgezwungen wird“.⁷

Mit der Friedensstrategie sollten die USA „die Institution der Vereinten Nationen ... zu einem ... echten Weltsicherheitssystem weiterentwickeln, ... damit sich Dispute rechtlich lösen lassen ... und Bedingungen geschaffen werden, unter denen eine Abrüstung letztendlich möglich ist.“⁸

Er werde eine „direkte Telefonleitung zwischen Moskau und Washington“ und „andere erste Maßnahmen zur Rüstungskontrolle ... zur Verminderung des Risikos eines versehentlich ausgelösten Krieges“ mit der UdSSR vereinbaren.

6 Address by President Kennedy at The American University, Washington, D.C., June 10, 1963 <https://www.youtube.com/watch?v=5ootEGoVKy4> / Übersetzung: Rede auf der Abschlussfeier der American University/ – <https://www.jfklibrary.org/JFK/Historic-Speeches/Multilingual-American-University-Commencement-Address/Multilingual-American-University-Commencement-Address-in-German.aspx>
2007-10-08. -- A Look Back ... Remembering the Cuban Missile Crisis – Central Intelligence Agency, in: <https://www.cia.gov/news-information/featured-story-archive/2007-featured-story-archive/a-look-back-remembering-the-cuban-missile-crisis.html>
<https://www.welt.de/kultur/history/article110265581/Die-Nacht-die-ueber-den-Krieg-entscheidet.html>
<https://de.wikipedia.org/wiki/Kubakrise>

7 John F. Kennedy, Rede auf der Abschlussfeier der American University, S. 2: <https://www.jfklibrary.org/JFK/Historic-Speeches/Multilingual-American-University-Commencement-Address/Multilingual-American-University-Commencement-Address-in-German.aspx>

8 a.a.O., S. 9

Des weiteren forderte Kennedy in seiner Rede „einen frischen Start“ in der Rüstungskontrolle durch ein Abkommen über das vollständige Verbot von Atomtests⁹, um „dem außer Kontrolle geratenen Wettrüsten in einem seiner gefährlichsten Bereiche Einhalt zu gebieten.“:

„Ich möchte diese Gelegenheit daher nutzen, um zwei wichtige Entscheidungen bekanntzugeben, die in dieser Hinsicht getroffen wurden:

- *Erstens: Vorsitzender Chruschtschow, Premierminister Macmillan und ich haben beschlossen, dass in Moskau bald auf hochrangiger Ebene Gespräche eingeleitet werden, durch die es zu einer frühzeitigen Übereinkunft im Hinblick auf ein Abkommen über das umfassende Verbot von Atomtests kommen soll.*
- *Zweitens: ... erkläre ich jetzt, dass die Vereinigten Staaten nicht beabsichtigen, Atomtests in der Atmosphäre durchzuführen, solange dies auch von anderen Staaten unterlassen wird ... ich hoffe, dass ein Abkommen dieser Art dadurch leichter abgeschlossen werden kann. Genauso ist ein solches Abkommen kein Ersatz für Abrüstung, aber ich hoffe, dass wir diese Abrüstung dadurch leichter erzielen könnten.“¹⁰*

Um die Ernsthaftigkeit der neuen Friedensstrategie der USA unter Beweis zu stellen, hatte Kennedy am bereits am 10. Juni 1963 erklärt, einseitig alle US-Atomtests in der Atmosphäre einzustellen.¹¹

Kennedy war überzeugt, dass ein umfassendes Atomtestverbot möglich und notwendig sei, um zu verhindern, dass es bis 1970 „statt vier vielleicht zehn und bis 1975 15 oder 20 Atomwaffenstaaten“ gäbe¹². Moskau und Washington hätten Vor-Ort-Inspektionen akzeptiert, nur über deren Anzahl sei man noch uneinig.

Allerdings wegen des Widerstands u.a. des „Joint Chiefs of Staff“¹³ gegen ein vollständiges Atomtestverbot – erhielt das US-Verhandlungsteam unter Leitung von Overall Harriman den Auftrag, einen begrenzten Teststopp-Vertrag (LTBT) zum Verbot aller überirdischen Atomtests auszuhandeln, der in Moskau im August 1963 ausgehandelt und am 24. September 1993 vom US-Senat ratifiziert wurde.

9 The President's News Conference March 21, 1963, in: <http://www.presidency.ucsb.edu/ws/?pid=9124>

10 <https://www.jfklibrary.org/JFK/Historic-Speeches/Multilingual-American-University-Commencement-Address-in-German.aspx>, S. 4

11 Daryl G. Kimball, JFK's American University Speech Echoes Through Time, ArmsControlToday, June 2013, in: https://www.armscontrol.org/act/2013_06/Looking-Back-JFKs-American-University-Speech-Echoes-Through-Time

12 The President's News Conference March 21, (20):<http://www.presidency.ucsb.edu/ws/?pid=9124>

13 Daryl G. Kimball: JFK's American University Speech and Today's Nuclear Weapons Challenges, Arms Control Today, 7 June 2013, in: <https://www.armscontrol.org/pressroom/JFKs-American-University-Speech-and-the-Todays-Nuclear-Weapons-Challenges>

Am 22. November 1963 wurde Kennedy ermordet. 1964 wurde Nikita Chruschtschow gestürzt und von Leonid Breschnew abgelöst.

Dennoch betrieben USA und UdSSR eine Reihe von Rüstungskontrollabkommen zur Kriegsverhütung und Begrenzung des Wettrüstens mit Atomwaffen, Raketen und Raketenabwehrsystemen.

Der Kampf um ein vollständiges Atomtestverbot führte erst 35 Jahre später, nach dem Fall der Mauer, zum völkerrechtlichen Vertrag (CTBT), der auch von den USA unterzeichnet, aber bis heute nicht ratifiziert wurde.

Zurück zu den Anfängen der Entspannungspolitik 1963:

15. Juli 1963 Tutzing: – „Wandel durch Annäherung“

Wenige Wochen nach der Kennedy-Rede erläuterte Egon Bahr am 15. Juli 1963 vor der Evangelischen Akademie in Tutzing Willy Brandts „neue Ostpolitik“. Er nahm dabei explizit Kennedys „Strategy for Peace“ als Ausgangspunkt, um Willy Brandts „neue Ostpolitik“ u.a. mit der berühmt gewordenen Formel „Wandel durch Annäherung“¹⁴ zu begründen.

Obwohl es zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der „SBZ“ ebenso wie zwischen West und Ostberlin keinerlei offiziellen Beziehungen gab, verhandelte Bahrs Beauftragter Horst Korber in wenigen Monaten das erste Berliner Passierscheinabkommen. Bahrs diplomatisches Meisterstück war die vereinbarte Formulierung:

*„Ungeachtet der unterschiedlichen politischen und rechtlichen Standpunkte ließen sich beide Seiten davon leiten, dass es möglich sein sollte, dieses humanitäre Anliegen zu verwirklichen ... Beide Seiten stellen fest, dass eine Einigung über gemeinsame Orts-, Behörden- und Amtsbezeichnungen nicht erzielt werden konnte.“*¹⁵

Mit diesem Abkommen besuchten während der Weihnachtsferien 1963 über 700.000 West-Berliner erstmals seit dem Bau der Mauer ihre Familien in Ostberlin.

Lessons Learned? Wäre diese Erfahrungen bei der Aushandlung des Berliner Passierscheinabkommens von 1963 nach dem Prinzip „to agree to disagree“ nicht ein Vorbild für humanitäre Vereinbarungen mit der Krim, um Verwandtenbesuche zwischen den seit 2014 getrennten Familien zu vereinbaren?

14 <http://web.ev-akademie-tutzing.de/cms/index.php?id=53> / http://www.fes.de/archiv/adsd_neu/inhalt/stichwort/tutzing_rede.pdf / http://www.auswaertiges-amt.de/DE/Infoservice/Presse/Reden/2017/170315_BM_Rede_Egon_Bahr.html

15 Anlage I zum Passierscheinabkommen 12/1963, Protokollnotiz von Horst Korber, in: <https://www.hdg.de/lemo/bestand/objekt/dokument-erklaerung-passierscheinabkommen.html>

Entspannungspolitik von den Ostverträgen über KSZE zum Fall der Mauer 28. Oktober 1969: Amtsantritt von Bundeskanzler Willy Brandt

Nach Eintritt der SPD in die Große Koalition 1966 wirkte Willy Brandt als Bundesaußenminister mit an der Formulierung des Harmel-Reports von 1967, der einerseits „militärische Sicherheit“ bekräftigte, aber andererseits zur Entspannungspolitik aufforderte. Egon Bahr begann als Leiter des Planungsstabs des Auswärtigen Amtes mit der Ausarbeitung des Konzepts für eine Ost- und Entspannungspolitik auf Regierungsebene. Mit dieser „Vorarbeit“ wurde Egon Bahr Willy Brandts Staatssekretär im Bundeskanzleramt und handelte als Bevollmächtigter der Bundesregierung maßgeblich die Ostverträge aus.

Mit Willy Brandts Amtsantritt als Bundeskanzler am 28. Oktober 1969 begann die „heiße Phase“ der Entspannungspolitik:

Als ersten Schritt zur Annäherung suchte Egon Bahr Anfang 1970 zunächst die Verständigung mit Moskau über eine Überwindung unvereinbarer Rechtspositionen, welche die Normalisierung der Beziehungen Deutschlands zu seinen östlichen Nachbarn seit Jahrzehnten blockierten.

Die Position der Bundesrepublik, dass völkerrechtlich „Deutschland in den Grenzen von 1937“ bestehe, sahen Moskau, Warschau, Prag und Ost-Berlin als eine Bedrohung. Deshalb forderten sie die völkerrechtliche Anerkennung der bestehenden Staatsgrenzen in Europa. Vergeblich hatte Präsident Kennedy früher versucht, Bundeskanzler Adenauer zur Anerkennung der Grenzen zu bewegen.¹⁶

In Moskau bestand Egon Bahr darauf, er werde erst nach Bonn zurückreisen, wenn es ein Ergebnis gebe. Seine Delegation musste sogar die Visaverlängerung beantragen!

Erst nach langen Gesprächen Egon Bahrs mit Gromyko unter „vier Augen“ gelang es, einen Kompromiss über die völkerrechtlich verbindliche Formulierungen im Moskauer Vertrag auszuhandeln, der auch in die anderen Ostverträge und die KSZE-Schlussakte von 1975 aufgenommen wurde:

- Verzicht auf Androhung oder Anwendung von Gewalt,
- **Unverletzlichkeit**¹⁷ (nicht „Endgültigkeit“) der Grenzen, die aber „im Konsens aller Beteiligten“ friedlich geändert werden könnten,
- **„Respektierung“** (nicht „Anerkennung“ der DDR als gleichberechtigter souveräner Staat, auch die Aufnahme beider deutscher Staaten in die UNO.

Lessons Learned? Egon Bahr schlug einen ähnlichen Weg – Respektierung statt Anerkennung – für den Umgang mit der Krim-Annektion durch Russland vor.¹⁸

16 Klaus Rehbein, Die westdeutsche Oder/Neiße-Debatte, Hintergründe, Prozeß und das Ende des Bonner Tabus, LIT Verlag, 2005, S. 54 / <https://de.wikipedia.org/wiki/Oder-Neiße-Grenze>

17 d.h. nicht „Endgültigkeit“ der Grenzen...

18 Vgl: <http://neue-entspannungspolitik.berlin/egon-bahrs-wandel-durch-annaeherung-1963-vorbild-fuer-ukraine-konflikt/>

11. Dezember 1971: Friedensnobelpreis „Krieg ist nicht mehr die ultima ratio, sondern die ultima irratio“

Für die deutsche Entspannungspolitik – gegen heftigen Widerstand im konservativen Lager – erhielt Willy Brandt bereits 1971 den Friedensnobelpreis.

Aase Lionæs, Vorsitzende des Komitees zur Verleihung des Friedensnobelpreises, begründete am 20. Oktober 1971 in Oslo die Preisverleihung an Willy Brandt:

„Im Namen des deutschen Volkes hat Willy Brandt die Hand zur Versöhnung zwischen Völkern, die lange Zeit verfeindet waren, ausgestreckt ... Er hat im Geiste des guten Willens einen hervorragenden Einsatz geleistet, um Voraussetzungen für den Frieden in Europa zu schaffen.“¹⁹

In seiner Rede bei der Entgegennahme des Nobelpreises in Oslo am 11. Dezember 1971 brachte Willy Brandt das wirklich NEUE seiner Entspannungspolitik auf den Punkt:

„Der Krieg darf kein Mittel der Politik sein. Es geht darum, Kriege abzuschaffen, nicht nur, sie zu begrenzen ... Krieg ist nicht mehr die ultima ratio, sondern die ultima irratio ... Ich begreife eine Politik für den Frieden als wahre Realpolitik dieser Epoche.“²⁰

Niemand konnte damals ahnen, dass bereits nach 20 Jahren diese Friedens- und Entspannungspolitik das Ende des Kalten Krieges, den Fall der Mauer und die friedliche Vereinigung Deutschlands und Europas einläutete.

1989: Was waren die Erfolge der Entspannungspolitik nach dem Fall der Mauer?

„Kriegsverhütung durch Rüstungskontrolle“ war einer der vier Grundpfeiler der Entspannungspolitik Willy Brandts seit 1969. Egon Bahr definierte die Grundpfeiler folgendermaßen:

- Entspannung und Verständigung als Prinzip zur Lösung internationaler Konflikte,
- Sicherheit durch Verzicht auf Gewalt und Androhung von Gewalt,
- Stabilität durch Respektierung der Grenzen, die nur einvernehmlich geändert werden dürfen,
- Kriegsverhütung durch Rüstungskontrolle.²¹

Als 20 Jahre später die Mauer fiel, erklärten im Dezember 1989 Reagan und Gorbatschow auf Malta feierlich das Ende der Block-Konfrontation, die Europa 40 Jahre gespalten hatte.

19 Begründung des Nobelkomitees in: Willy Brandt, Frieden, Reden des Friedensnobelpreisträgers 1971, Verlag Neue Gesellschaft, S. 7,

20 www.nobelprize.org/nobel_prizes/peace/laureates/1971/brandt-lecture-t.html?print=1

21 Egon Bahr, Hans-Dietrich Genscher, Helmut Schmidt, Richard von Weizsäcker am 11.12.2011 in ihrer „Stellungnahme aus Anlass des 40. Jahrestages der Osloer Rede Willy Brandts bei der Übergabe des Friedensnobelpreises 1971 am 11.12.1971“

Mit dem Ende des Kalten Krieges geschah zunächst ein „Wunder der Rüstungskontrolle“: Mit dem KSE-Vertrag (am 19.11.1990 in Paris unterzeichnet, 1992 in Kraft getreten) wurden über 100.000 Großwaffensysteme zerstört, hunderttausende Soldaten aus Mitteleuropa abgezogen. Tausende von Atomwaffen wurden aus Europa entfernt und vernichtet – durch den INF-Vertrag auch alle Mittelstreckenwaffen.

Weitere dramatische Schritte der Kriegsverhütung durch Rüstungskontrolle waren START-Abkommen, Chemiewaffenkonvention und im Jahr 1995 die unbegrenzte Verlängerung des Nichtverbreitungs-Vertrages (NPT), verbunden mit der Verpflichtung der Atommächte zum Abschluss des Vertrages über das vollständige Atomtestverbot und zu Verhandlungen über die schrittweise Abrüstung aller Atomwaffen.

Die Liste der Ergebnisse der Entspannungspolitik nach dem Fall der Mauer ist lang und nicht vollständig:

- USA und Russland einigten sich auf Reduzierung ihrer **strategischen Atomraketen**.
- Alle **Mittelstreckenraketen** der USA und Russland mit einer Reichweite von 500 bis 5.000 km wurden weltweit zerstört. Alle nuklearen **Kurzstreckenraketen** unterhalb von 500 km wurden aus Europa abgezogen und weitgehend zerstört.
- 95 Prozent, d. h. **tausende taktische Atomwaffen** wurden aus Mitteleuropa abgezogen – mit Ausnahme eines „symbolischen“ Restbestands an Atombomben.
- im Dezember 1990 wurde die **Charta von Paris** zur Beendigung des Kalten Krieges und zum Aufbau gesamteuropäischer Sicherheit von allen Staaten Europas und Nordamerikas unterzeichnet.²²
- Der **KSE-Vertrag** von 1992 über konventionelle Streitkräfte in Europa führte zum Abbau von rund **11.000 Waffensystemen und mehreren hunderttausend Soldaten**, kontrolliert durch umfassende Transparenz.
- 1994 verzichteten die drei „nuklearen Nachfolgestaaten“ der Sowjetunion – die **Ukraine, Weißrussland und Kasachstan** – auf ihre Atomwaffen und schlossen sich dem **Atomwaffensperrvertrag** (NPT) an.
- **1995 traten weitere 40 Staaten dem NPT bei**. Mit 188 Staaten wurden fast alle Länder der Welt (mit Ausnahme der de facto Atommächte Indien, Pakistan, Israel) Vertragspartner des NPT.
- 1995 wurde auf der NPT-Überprüfungskonferenz der **Vertrag dauerhaft auf unbestimmte Zeit verlängert**. Die **Atomkräfte verpflichteten sich zur Abschaffung ihrer Arsenale** und dazu, unter keinen Umständen atomwaffenfreie Staaten anzugreifen.

22 <http://www.osce.org/de/mc/39518?download=true>

- 1996 wurde nach zig Verhandlungsjahren das **Vollständige Atomtestverbot (CTBT)** abgeschlossen, u. a. mit allen Atommächten als „Signatarmächten“.
- 1997 wurde das Übereinkommen über das **Globale Verbot chemischer Waffen** von 174 Nationen ratifiziert und damit in Kraft getreten.
- 1997 wurde die **NATO-Russland-Grundakte** vereinbart, die einen „**gemeinsamen Sicherheitsraum Europas**“ ohne neue Grenzen versprach, während die NATO erklärte, „keine permanente ausländische militärische Präsenz in den neuen NATO-Mitgliedsstaaten in Osteuropa“ zu stationieren.
- 1999 wurde in Ankara auf Grund der ersten NATO-Erweiterung der „**adaptierte KSE-Vertrag**“ (**AKSE**) unterzeichnet.

Hatte Willy Brandts Ostpolitik tatsächlich all diese Erfolge bewirkt?

Knapp zehn Jahre nach dem Fall der Mauer wurde eine Studie des National War College Fort McNair in Washington Methoden und Ergebnisse von Willy Brandts Ostpolitik freigegeben. Ihre Schlussfolgerung: „Konnte Ostpolitik noch effizienter umgesetzt werden? Wahrscheinlich nein“!

Die Begründung sinngemäß: Weil er in der Lage war, mit allen zu reden und ihre Interessen einzubeziehen.²³

Mit anderen Worten: Die **Studie der Militärakademie der USA** bestätigte knapp zehn Jahre nach dem Fall der Mauer die bereits 20 Jahre vor dem Fall der Mauer formulierte Hoffnung des Friedensnobelpreis-Komitees, dass Willy Brandts Ostpolitik „...einen wesentlichen Beitrag zur Stärkung der **Möglichkeit** für eine friedliche Entwicklung nicht nur in Europa, sondern in der ganzen Welt ...“ sei²⁴ als effektive Realpolitik.

2000 ff Neue Spannungen durch Missachtung von Rüstungskontrolle und Abrüstung

Seit Beginn des 21. Jahrhunderts wurden viele dieser wichtigen Abrüstungsvereinbarungen entweder gekündigt oder nicht ratifiziert:

- Der **AKSE-Vertrag**, der die Veränderung des Kräfteverhältnisses durch die NATO-Ausweitung ausgleichen sollte, wurde von den NATO-Staaten mit der Begründung russischer „Friedenstruppen“ außerhalb Russlands **nicht ratifiziert** und trat nie in Kraft.
- Seit 2015 ist auch der **KSE-Vertrag 2015 nicht mehr in Kraft**.
- 2002 kündigte Präsident Bush den **ABM-Vertrag** zur Begrenzung der Raketenabwehr (viele Jahre der „Eckpfeiler der strategischen Stabilität“, um

einen Atomkrieg zu verhindern). Seitdem gibt es keine völkerrechtlichen Begrenzungen mehr beim Ausbau von Raketenabwehrsystemen.

- Seitdem werden **Raketenabwehrsysteme ohne jegliche Rüstungskontrolle weiter entwickelt und** – u. a. in mittelosteuropäischen NATO-Ländern – **stationiert**. Nach dem **NATO-Gipfel im Mai 2012** triumphierte der damalige NATO-Generalsekretär Rasmussen, „dass Russland den Raketenschild nicht blockieren könne.“²⁵
- Weiterhin ist der Umfassende **Atomteststopp-Vertrag (CTBT)** nicht ratifiziert. Damit ist das 1996 unterzeichnete **weltweite Atomtestverbot nicht in Kraft** – für das sich 1982 bereits John F. Kennedy vergeblich eingesetzt hatte.
- 2015 ging die **Überprüfungskonferenz zum Atomwaffensperrvertrag ohne Ergebnis** zu Ende, nicht zuletzt wegen der wiederholten Weigerung der Atomwaffenstaaten, ihre 1995 bekräftigte Verpflichtung zu Verhandlungen über Abbau und Abschaffung der Atomwaffen einzuhalten.
- In diesem Jahr bekräftigte der US-Senat, innerhalb der kommenden zehn Jahre **eine Billiarde US-\$ für die umfassende Modernisierung der Nuklearwaffen** auszugeben.
- Die erneute Debatte über alte Absichtserklärungen für „zwei Prozent des BSP für Verteidigungsausgaben“ ist nur ein weiterer Indikator für das **neue Wettrüsten**, das – „wenn nicht durch Rüstungskontrolle gezähmt – zu einer *Katastrophe beitragen kann*“ (Frank Walter Steinmeier in der Begründung für seine im August 2016 ergriffene **Initiative** für einen umfassenden „**Neustart der Rüstungskontrolle**“).²⁶
- Last not least: Die von 122 Staaten im Juli 2017 in die UNO eingebrachte Konvention für ein **Atomwaffenverbot wird von Atommächten und ihren Verbündeten abgelehnt**.

In der SZ kommentierte Tobias Matern dieses Verhalten nach der Verleihung des Friedensnobelpreises an ICAN für seine Unterstützung des Atomwaffenverbots so:

„Diesen Verhandlungsprozess hat ICAN begleitet ... Der Atomwaffenverbots-Vertrag ist zwar noch längst nicht von allen Staaten der Welt unterzeichnet. Auch Deutschland fehlt. Aber er macht etwas anderes deutlich: Die Besitzerstaaten müssen ihr Handeln mehr denn je rechtfertigen.“

23 Willy Brandt and Ostpolitik, National Defense University, National War College Fort McNair, Washington D.C. (1998), S. 12 – <http://www.dtic.mil/dtic/tr/fulltext/u2/a437169.pdf>

24 Aase Lionæs, Vorsitzende des Komitees zur Verleihung des Friedensnobelpreises, Oslo, den 20. Oktober 1971. in: Willy Brandt, Frieden, Reden des Friedensnobelpreisträgers 1971, Verlag Neue Gesellschaft, S. 7,

25 21.05.2012 (Tagesschau) – „Gipfel in Chicago NATO - startet eigene Raketenabwehr“ (www.tagesschau.de/ausland/natogipfel264.html)

26 vgl.: Frank-Walter Steinmeier fordert Neustart der Rüstungskontrolle, <http://neue-entspannungspolitik.berlin/mehr-sicherheit-fuer-alle-in-europa-fuer-einen-neustart-der-ruestungskontrolle/> / http://www.auswaertiges-amt.de/DE/Infoservice/Presse/Interviews/2016/160826_BM_FAZ.html

Doomsday-Perspektive?

Spätestens seit dem Georgien-Konflikt 2008 und seit 2014 mit dem Ukraine-Konflikt und der Krim-Annexion eskalieren Spannungen und Wettrüsten zwischen dem Westen und Russland immer weiter. Vor diesem Hintergrund warnte der ehemalige US-Verteidigungsminister William Perry seit Anfang 2016 mehrfach, „dass die Wahrscheinlichkeit einer nuklearen Katastrophe heute größer ist, als während des Kalten Krieges.“²⁷ Perry wiederholte diese pessimistische Einschätzung mehrmals seit der Amtsübernahme von Präsident Trump.

Aber: Gibt es keine andere Perspektive – im Geiste und mit den Methoden der Entspannungspolitik Willy Brandts und Egon Bahrs?

Wie können wir das Vermächtnis von Willy Brandts Entspannungspolitik heute anwenden?

Als Antwort möchte ich zum Abschluss einen langjährigen Freund von Willy Brandt zitieren, den ehemalige norwegischen Außen- und Verteidigungsminister Thorvald Stoltenberg (Nicht zu verwechseln mit seinem Sohn, NATO-Generalsekretär Jens Stoltenberg). Er schrieb im „Tagesspiegel“ aus Anlass von Willy Brandts 100. Geburtstag 2013:

„Aus heutiger Sicht erwies sich Willy Brandts Entspannungspolitik als die bestmögliche und erfolgreiche Anwendung der Charta der Vereinten Nationen zur Überwindung der im Kalten Krieg festgefahrenen Spannungen in Europa.

Ich persönlich möchte **drei Ergänzungen** zur Verwirklichung von Willy Brandts Vermächtnis nach dem Ende des Kalten Krieges formulieren.

Erstens: Mehr Offenheit und Demokratie! Man sollte dem Terror mit mehr Offenheit und Demokratie (d.h. nicht „Naivität“!) begegnen, und nicht mit mehr Verslossenheit und weniger Demokratie! Als wir in Norwegen am 22. Juli 2012 dem Terror und Massenmord durch eine Person ausgesetzt waren, haben wir zu Tausenden mit mehr Offenheit und mehr Demokratie geantwortet.

Das Ergebnis war breiteste Solidarität und Unterstützung aus allen Strömungen unserer Gesellschaft. Und der vom Gericht verurteilte Terrorist und seine Ideologie waren grenzenlos isoliert, trotz oder gar wegen aller Offenheit. Diese Reaktion war anders als die Reaktion von Präsident Bush auf den 11. September 2001.

Zweitens: Dynamik von Konflikten nur durch Dialog zu lösen! Wir können KRIEG nicht „weg“erfinden, und alle Konflikte sind verschieden. Aber wir müssen lernen, anders mit der Dynamik von Konflikten umzugehen! –

Man kann die **Dynamik von Konflikten nur dann deeskalieren, wenn man mit ALLEN spricht**, die im Konflikt Macht haben. Wenn man nicht direkt mit einer Konfliktpartei redet, kann man auch keine Vereinbarung erzielen! Das heißt

Kommunikation zwischen und mit Konfliktparteien ist Voraussetzung für jede tragfähige Konfliktlösung.

Drittens: Den Kompromiss aufwerten, denn ohne Kompromisse keine Problemlösung! Kompromisse und Kompromissbereitschaft sind Voraussetzung für JEDE Problemlösung – ob in der Familie, in der Gesellschaft, lokal oder international.

Wir sollten aufhören, den Kompromiss nur als „notwendiges Übel“ oder als etwas **darzustellen**, was wir unter „anderen“ Bedingungen wieder in Frage stellen. Nur die **Bereitschaft zum Kompromiss, zum Interessenausgleich und zur Respektierung des Anderen und seiner Andersartigkeit** kann in der globalisierten Welt den Weg zum Zusammenleben und zur friedlichen Veränderung eröffnen.

Gerade dies war das Geheimnis des Erfolges der Politik Willy Brandts, die zur friedlichen Öffnung und Vereinigung Europas geführt hatte.“

Thorvald Stoltenberg hat diese Schlussfolgerung aus dem Jahre 2013 seit den Entwicklungen nach dem Ukraine-Konflikt keineswegs in Frage gestellt. Er begründete seine Einschätzung ganz im Sinne Willy Brandts anhand eigener Erfahrungen und Beobachtungen in einem Anfang 2017 erschienenen Buch „Frühstück mit Thorvald“²⁸ Und er bekräftigte das in einem langen **Interview in der norwegischen Zeitung VG**, mit der provozierenden Aussage zur Politik Präsident Trumps in der Auseinandersetzung über Nord-Koreas Atomwaffenprogramm: „**Ich hätte wahrscheinlich Kim Jong-un zum Frühstück eingeladen.**“²⁹

Nach diesem langen Zitat eines älteren norwegischen Politikers möchte ich mit einer Aussage eines norwegischen Master-Studenten der Außenpolitik an der Universität in Oslo abschließen. Nach einer Vorlesung über Lessons Learned von Willy Brandt formulierte er mit Zustimmung seiner Mitstudenten:

„Die Außenpolitik braucht dringend wieder eine **neue „Palme-Kommission“ – mit Experten aus USA, Westeuropa, Mittel-Ost-Europa und Russland**, die ähnlich wie in den 80er Jahre den Auftrag haben, mit ihrem gebündeltem Sachverstand Vorschläge zur Überwindung der neuen Ost-West-Konfrontation auszuarbeiten.“³⁰

28 Thorvald Stoltenberg, Per Anders Madsen: Frokost med Thorvald, Kagge Forlag, Oslo, 2017

29 „Jeg kunne godt invitert Kim Jong-un på frokost“, Interview von Kari Aarstad mit Thorvald Stoltenberg in VG (Verdens Gang), 27.10.2017

30 Diskussion nach meiner Vorlesung Willy Brandt's work on arms control and all-European cooperation at the end of the Cold War – what could be the Lessons Learned to face challenges of today?, Lecture at University of Oslo, Auditorium 6 at Eilert Sundts Hus, 18.04.2017. Die Ergebnisse der Palme-Kommission von 1982 hatten z. B. erheblichen Einfluss auf die Diskussionen z. B. Willy Brandts mit Michail Gorbatschow über Friedenspolitik und inspirierten auch die unabhängige Friedensbewegung der DDR (Stichwort Olof-Palme-Friedensmarsch).

27 William Perry, US-Verteidigungsminister 1994-1997, Vortrag am Zentrum für Internationale Sicherheit und Zusammenarbeit (CSIS) an der Stanford Universität am 10.02.2016 – <http://cisac.fsi.stanford.edu/news/william-perry-warns-nuclear-dangers-drell-lecture>

Nachtrag: Vorschläge der „Initiative Neue Entspannungspolitik JETZT!“:

Ähnlich wie Thorvald Stoltenberg die „Bereitschaft zum Kompromiss, zum Interessenausgleich und zur Respektierung des Anderen und seiner Andersartigkeit“ forderte, formulierte der ehemalige Kanzleramtsminister unter Helmut Kohl, Horst Teltschik in einer Erklärung der „Initiative Neue Entspannungspolitik JETZT!“ zum 08. Mai 2017 konkrete Schritte mit dem Ziel, „einen neuen Kalten Krieg durch eine neue Entspannungspolitik verhindern!“

Wie der ehemalige US-amerikanische Verteidigungsminister William Perry schätzt Teltschik die Gefahren einer Atomkatastrophe heute größer ein als während des Kalten Krieges.

Deshalb greift Teltschik Frank Walter Steinmeiers Appell vom August 2016 für einen „Neustart der Rüstungskontrolle“ auf und verbindet ihn mit einer Reihe von konkreten Vorschlägen für die von der Zivilgesellschaft geforderte „breite gesellschaftliche und parteiübergreifende Debatte über Entspannungspolitik“:

- im Rahmen des „strukturierten Dialogs in der OSZE“ sofortige Verhandlungen über vertrauensbildende Maßnahmen, über deutliche Senkung der Schwellenwerte für die Ankündigung von Manövern, den Austausch von Manöverbeobachtern sowie eine Vereinbarung von Sofortmaßnahmen zur Vermeidung unbeabsichtigter Zusammenstöße zu Luft oder zu Wasser. Initiativen zur Wiederaufnahme von Abrüstungsverhandlungen über Nuklearwaffen und konventionelle Streitkräfte.
- Einbringen der Forderung nach Stopp der Modernisierung von Atomwaffen in der „Vorbereitungskommission“ für die Review Conference zum NPT 2020. Unterstützung von Vermittlungsbemühungen und direkten Verhandlungen zur Deeskalation des Konflikts mit Nordkorea.
- Aktive Kooperationen auf der zivilgesellschaftlichen Ebene mit Russland und zwischen Russland und seinen Nachbarstaaten: Städte-Partnerschaften; Jugend- und Studentenaustausch; Wissenschaftsaustausch; Kulturaustausch usw.
- Aktive Nutzung des NATO-Russland-Rates, nicht nur auf Botschaferebene, sondern auch auf Ebene von Außen- und Verteidigungsministern sowie Spitzenmilitärs. Stärkung und Ausweitung der Beobachtermissionen zur Verwirklichung der Minsker Vereinbarung.
- Briefaktionen an die Regierungen in Kiew, Moskau und die Separatisten mit Forderungen zur Umsetzung der Minsker Vereinbarung. Dialog und Zusammenarbeit auf allen Ebenen auf der Grundlage gemeinsamer Sicherheit und zum gegenseitigen Vorteil bleiben die unverzichtbaren Instrumente für eine friedliche Entwicklung in Europa und weltweit!“

Quellen: <http://www.sinn-schaffen.de/1706/horst-teltschik-einen-neuen-kalten-krieg-durch-eine-neue-entspannungspolitik-verhindern/> / <http://neue-entspannungspolitik.berlin/erklaerung-zum-08-mai-2017/>

Christian Wipperfürth**Eine neue Entspannungspolitik in Europa – wer mit wem?****Von welchen Staaten könnte eine neue Entspannungspolitik ausgehen?****Welche Themen wären geeignet?**

In diesem Beitrag werden Eckpunkte umrissen, weiterführende Lesehinweise finden sich in den Links.

Der Westen ist tief gespalten, wie mit Russland umzugehen sei

Einige Länder sind der Auffassung, Frieden und Sicherheit in Europa ließen sich nur unter Einbeziehung Russlands gewährleisten. Russland solle und müsse eingebunden werden, woran dieses auch ein Interesse habe. Andere Staaten vertreten hingegen die Auffassung, Frieden und Sicherheit ließen sich nur sichern, wenn man sich gegen Russland wappne und dieses ausgrenze, denn Moskau wolle keine Kooperation, sondern Herrschaft.

Diese im Westen bestehenden Meinungsunterschiede lassen sich vielfach belegen, ich beschränke mich auf wenige Beispiele:

1. Die USA schlugen seit der Jahrtausendwende den Aufbau eines Raketenabwehrsystems in Europa vor, um Gefahren zu begegnen, die vom Iran ausgehen werden. Hiergegen opponierten zahlreiche europäische Staaten, u.a. Deutschland: Eine solche Maßnahme sei in Anbetracht einer nicht vorhandenen Gefahr durch den Iran weder dringlich noch angemessen. Hintergrund des deutschen Widerstands war insbesondere die Sorge vor einer unnötigen Verschlechterung der Beziehungen mit Moskau. (Zu Einzelheiten s. www.cwipperfuerth.de/2015/11/17/die-nato-russland-und-die-raketenabwehr/)
2. Die „G7“ wurden die Aufnahme Russlands 1997 zur „G8“. Die USA wollten jedoch keine regelmäßige Teilnahme des russischen Finanzministers an den Sitzungen der Finanzminister. Wenn die entsprechenden Treffen der Ressortchefs in Deutschland stattfanden, luden der deutsche, französische oder italienische Finanzminister ihren russischen Kollegen regelmäßig ein und dieser nahm genauso selbstverständlich teil. Bei den Zusammenkünften in den angelsächsischen Ländern bleibt er hingegen außen vor. Er wurde nämlich nicht eingeladen. Deutschland setzte sich dafür ein, Russland voll einzubinden, der damalige Finanzminister Peer Steinbrück hat sich auch öffentlich dafür stark gemacht, aber ohne Erfolg bei einigen unserer Verbündeten. Angelsächsische Länder wollen Russland nicht einbinden, wenn sich dies irgendwie umgehen lässt.

3. Die USA und einige andere NATO-Länder drangen seit 2004/05 darauf, Georgien und die Ukraine in das Bündnis aufzunehmen. Deutschland opponierte dagegen mit ungewöhnlicher Hartnäckigkeit, von Frankreich und einigen weiteren Staaten unterstützt. Während die Befürworter des NATO-Beitritts Georgiens und der Ukraine argumentierten, er werde die europäische Sicherheit stärken, wurde dies von anderen bestritten. Diese fürchteten eher eine Destabilisierung und wollten überdies eine ihres Erachtens unnötige Belastung der Beziehung mit Moskau vermeiden. Es war nicht zuletzt Deutschland, das 2008 verhinderte, dass sich Georgien und der Ukraine eine konkrete NATO-Perspektive eröffnet wurde. Auch nach dem Wechsel in Kiew vom Februar 2014 wandte sich Bundesaußenminister Steinmeier gegen eine NATO-Perspektive für die Ukraine, die von „russlandkritischen Ländern“ seit vielen Jahren gefordert wird.
4. Den Kriegsausbruch um Südossetien im August 2008 legten viele NATO-Länder lautstark Moskau zur Last. Die deutsche Regierungschefin hingegen reiste unmittelbar nach Kriegsende nach Russland, um sich mit dem russischen Präsidenten zu treffen. Angela Merkel betonte, dass der Kreml (lediglich) „reagiert“, wenngleich „überreagiert“ habe. Dies war auch die Auffassung des US-Botschafters John Beyrle in Moskau. Er hatte Russlands Militäreinsatz zunächst als „legitim“ bezeichnet, musste nach einigen Tagen jedoch behaupten, gänzlich missverstanden worden zu sein. Die NATO brach gegen deutschen Widerstand ihre Kontakte mit Russland ab und die EU beendete Verhandlungen über ein neues Partnerschafts- und Kooperationsabkommen. Die Bundesregierung trat dagegen für die Einsetzung einer internationalen Kommission zur Untersuchung der Ursachen des Kriegs im Kaukasus ein. Sie wurde von denjenigen Staaten abgelehnt, die glaubten, in Russland bereits den Schuldigen ausgemacht zu haben. Im Untersuchungsbericht der Kommission wurde die deutsche Position schließlich im Grundsatz bestätigt. Kurz zuvor hatte auch die NATO ihre Zusammenarbeit mit Moskau wieder aufgenommen.

Die Konflikte um die Ukraine und die Krim haben auch in Deutschland und anderen „entspannungsfreundlichen Ländern“ Spuren hinterlassen. Gleichwohl: Bundeskanzlerin Angela Merkel sagte in ihrer Regierungserklärung Ende 2013: „Wir müssen – das ist meine tiefe Überzeugung – weiter daran arbeiten, dass es kein Entweder-oder zwischen einer Annäherung der Länder der Östlichen Partnerschaft an die EU und dem russischen Bemühen um eine engere Partnerschaft mit diesen Ländern geben sollte.“ Dies hat Merkel wortwörtlich in ihrer Regierungserklärung Ende 2014 wiederholt. Das heißt: Berlin will Kiew nicht einseitig auf die westliche Seite ziehen – anders als manche unserer Partner. Dies ist die offizielle deutsche Position, seitdem mehrfach wiederholt.

Befürchtungen einiger ostmitteleuropäischer Länder vor russischem Ausgreifen gab es bereits vor 2014

Die Befürworter der NATO-Osterweiterungen von 1999 bzw. 2004 hatten argumentiert, diese werde den Beitrittsländern mehr Sicherheit verleihen und zu entspannten Beziehungen dieser mitunter russlandkritischen Länder zu Russland beitragen. Die Argumente hatten sich nach den Erweiterungsrunden jedoch nicht als stichhaltig herausgestellt.

Einige ostmitteleuropäische Länder wollen grundsätzlich eher keine Kooperation mit Russland, sondern seine Ausgrenzung:

1. Nachdem sich die NATO nicht auf ein gemeinsames Raketenabwehrsystem einigen konnte, nicht zuletzt wegen deutschen Widerstands, erklärte Washington 2007 nach einem jahrlangen Patt in den Gremien, die Stationierung des Systems nicht im NATO-Rahmen entscheiden zu lassen, sondern über die Köpfe der Kritiker hinweg und mit Polen und der Tschechischen Republik Fakten zu schaffen. (Zum Raketenabwehrschirm s. <http://www.cwipperfuerth.de/2017/08/02/raketenabwehr-mit-ohne-oder-gegen-russland/>).
2. Zunächst Polen und dann Litauen legten ab 2005 über Jahre hinweg ihr Veto gegen die Aufnahme von Verhandlungen über ein neues Rahmenabkommens zwischen der EU und Russland ein, ein sogenanntes „Partnerschafts- und Kooperationsabkommen“. Letztlich war klar, dass sie weder Partnerschaft noch Kooperation wünschten.

Das Ziel einer neuen Entspannungspolitik ist unmissverständlich: Alle europäischen Länder sollen sich in dem „europäischen Haus“ wohl fühlen, nicht zuletzt Russland, aber auch etwa die Ukraine oder Polen. In Kürze wir ein weiterer Beitrag folgen.

Raymond L McGovern

Transatlantische Allianz gegen den Rückfall in den Kalten Krieg

(Redenotiz)

Vor 59 Jahren habe ich mich auf der Uni entschieden, mich auf die Russische Sprache, Geschichte und die Politik der Sowjetunion zu konzentrieren.

Vor 55 Jahren habe ich mich als Leutnant der Infanterie und des Armeee-Nachrichtendienstes in Fort Benning gemeldet, um meinen Militärdienst anzutreten. Es war der dritte November 1962.

Übrigens machte ich eine einzigartige Erfahrung. Dieser Stützpunkt war, und ist, der Sitz der Infanterieausbildung. Aber es gab fast keine Waffen im ganzen Fort Benning. Alle möglichen Waffen waren immer noch im Süden von Florida – Kuba gleich gegenüber. (Es war zwei Wochen nach der Kubakrise und der Drohung eines Atomkriegs.)

Diese Erfahrung hat mich, natürlich, sehr beeindruckt.

Nach meinem Dienst in der Armee wurde ich CIA-Analyst – mit Fachgebiet der Sowjetischen Außenpolitik, und sechs Jahre danach bin ich Chef dieser Abteilung geworden. Im Mai 1972 war ich in Moskau für die Unterzeichnung des ABM-Vertrages und den Beginn des eigenartigen Prozesses von gegenseitiger Abschreckung, der ironischerweise ein Gleichgewicht für Stabilität eingebracht hat. Wie Sie alle schon wissen, ist George W. Bush aus diesem wichtigen Vertrag ausgetreten

Bei der Arbeit als CIA-Analyst muss man die Weltpolitik aus der Sicht der Sowjets, beziehungsweise der Russen betrachten. Das heißt, man muss die Russen verstehen; man muss auch versuchen, Vladimir Vladimirovich Putin zu verstehen.

Letztes Jahr, bei einem Besuch in Deutschland hat mir ein Bekannter einen Button mit einem Foto von Putin gegeben, auf dem „PUTINVERSTEHER“ geschrieben war. Mein Freund lachte und warnte: „Aber trag das nicht! Du weißt ja – ‚Putinversther‘ ist kein Kompliment!“

Aber ich habe jahrelang versucht, Khrushchev, Brezhnev, Gorbachev und jetzt auch Putin zu verstehen.

Heutzutage ist es eine schlimme Sache, Putin zu verstehen.

Ich bin daran gewöhnt, zu versuchen, alle russischen Partei- und Regierungschefs zu verstehen. Ich bedaure, dass mich dies in den Vereinigten Staaten verdächtig macht.

Von der Diskussion gestern Abend kann ich annehmen, dass ich hier keine Angst davor haben muss. Auf jeden Fall, hoffe ich schon.

Weil: DIE GEDANKEN SIND FREI. WER KANN SIE ERRATEN ...

Angelika Claußen, Europavorsitzende der IPPNW

Der Atomwaffenverbotsvertrag – weg von tödlichen Doktrin der Abschreckung – hin zu einer Logik des Friedens

Vor einer Woche war es soweit: Der weltweiten Kampagne ICAN, ein Bündnis aus 468 zivilgesellschaftlichen Partnerorganisationen aus 100 Ländern, das sich bedingungslos für die weltweite Abschaffung von Atomwaffen einsetzt, wurde dieses Jahr der Friedensnobelpreis verliehen. Endlich wurde trotz massiver Gegenpropaganda der Atomwaffenstaaten der konkrete Weg in eine Welt frei von Atomwaffen geehrt: Der Atomwaffenverbotsvertrag. Denn auf die Initiative von ICAN für die Zivilgesellschaft und mit der starken Unterstützung von 122 willigen Staaten, alles Staaten die seit Jahrzehnten atomwaffenfrei sind, wurde am 07.07.2017 in der UN –Generalversammlung der Vertrag zum Verbot von Atomwaffen beschlossen. Ab dem 20.09.2017 liegt der Vertrag aus und kann unterzeichnet werden. 90 Tage nach der Unterzeichnung und Ratifikation von 50 Staaten tritt der Vertrag in Kraft. Bereits jetzt haben 53 Staaten den Vertrag unterschrieben, so dass er voraussichtlich in etwa zwei Jahren in Kraft treten kann.

Inmitten der gegenwärtigen Weltunordnung ist die Bedrohung durch Atomwaffen und ein möglicher Atomkrieg das Thema der Stunde.

- Wenn Nordkorea Langstreckenraketen testet, die Atomsprengköpfe über den halben Globus transportieren können,
- wenn im Gegenzug US-Präsident Donald Trump Öl ins Feuer gießt und mit der totalen Zerstörung Nordkoreas droht;
- wenn derselbe Präsident Trump mit seiner dauernden Stärkespielen mit der Kündigung des mühsam ausgehandelten Atomabkommen mit dem Iran droht,
- wenn in unserer globalisierten Welt, wo Werte wie Frieden, Menschenrechte, soziale Gerechtigkeit, tagtäglich in Frage gestellt werden,
- dann braucht es weltweit starke Kräfte, die wieder Hoffnung wecken, dass wir den Stärkespielen der Mächtigen ein Ende setzen können.
- Dann braucht es ausdauernde politische Kräfte und auch Regierungen, die auf Deeskalation statt Konfrontation setzen, die Dialog und diplomatische Verhandlungen zur Konfliktlösung einsetzen,
- Dann brauchen wir zivilgesellschaftliche Organisationen und Regierungen die aus einer umfassenden Friedenslogik heraus handeln.
- Dann brauchen wir eine wirklich gewaltpräventive Politik, die die Konfliktsachen und auch die eigene Verantwortung für die gegenwärtigen Konflikte in der Welt in den Blick nimmt, wir brauchen also ein friedenspolitisches Leitbild für alle Ressorts der Politik.

Ich möchte Ihnen zunächst unsere friedenspolitische Vision erläutern, aus der heraus wir als Ärzte konkretes friedenspolitisches Handeln entwickeln, wie eben auch die ICAN-Kampagne, dieses großartige Netzwerk von Friedensorganisationen und den Atomwaffenverbotsvertrag.

Heutzutage scheuen sich PolitikerInnen, Visionen zu entwickeln, visionär zu denken, Die „Realpolitik“, die von Politikern aus CDU/CSU, SPD und FDP vertreten wird, stützt sich stattdessen auf die Lobbyverbindungen zwischen Politik und Rüstungswirtschaft, wobei der Lobbyverband der Deutschen Sicherheits- und Verteidigungsindustrie (BDSV) eine maßgebliche Rolle spielt. Deutschland ist gegenwärtig weltweit der fünftgrößte Waffenexporteur. Mit Billigung der Bundesregierung hat das deutsche Rüstungsunternehmen Heckler & Koch Saudi-Arabien beim Bau einer Waffenfabrik unterstützt. Die staats eigene saudische Rüstungsfirma MIC produziert in Lizenz das deutsche Sturmgewehr G-36. Maßgebliche Genehmigungsinstanz für diese Politik ist der Bundessicherheitsrat, in dem acht Bundesminister und die Bundeskanzlerin vertreten ist.

Das Wort Frieden und Friedenspolitik ist in der Politik der Regierungen seit langem nicht mehr „in“, lieber spricht man von Sicherheitspolitik. Sicherheit lässt sich übrigens auch verkaufen, im wahrsten Sinne des Wortes. Dafür ist dann die Rüstungsindustrie zuständig: So wirbt der Rüstungskonzern Diehl aus Nürnberg in einer Imagebroschüre für „Technologie im Einsatz für die Sicherheit“, und Rheinmetall bezeichnet sich selbst als zuverlässigen Partner „ziviler staatlicher Sicherheitskräfte“.

Trotz aller negativen Entwicklungen im Zusammenhang mit der Globalisierung ist die Friedensbewegung mit ihren vielen kleinen und großen Akteuren aktiv.

Die IPPNW, die ärztliche Friedensorganisation, die ich hier vertrete, wurde 1985 ausgezeichnet mit dem Friedensnobelpreis. Sie steht in der Tradition des Pazifismus: sie arbeitet für die Verhütung eines Atomkriegs und eines Krieges generell, sei es ein zwischenstaatlicher Krieg oder ein Bürgerkrieg. Die IPPNW gehört ebenfalls zu den Gründungsorganisationen von ICAN, der internationalen Kampagne zu Abschaffung der Atomwaffen, dem diesjährigen Friedensnobelpreisträger. Wir sind überglücklich, dass wir mit dieser Kampagne fast wie ein zweites Mal den Friedensnobelpreis erhalten zu erhaben.

Das friedenspolitische Leitbild der IPPNW versucht **friedenslogisches Denken und Handeln**¹, wie es von Hanne-Margret Birckenbach und Sabine Jaberg im Rahmen der Diskussion in der Plattform für zivile Konfliktbearbeitung entwickelt wurde, für praktisch-politische Zielsetzungen zu nutzen.

Friedenslogik bedeutet eine Überwindung der Sicherheitslogik. Entspannungspolitik mit ihren Begriff von **gemeinsamer Sicherheit**, ein Begriff, den

1 Hanne Margret Birckenbach, Sabine Jaberg et.al.: Friedenslogik statt Sicherheitslogik: Theoretische Grundlagen und friedenspolitische Realisierung; in Wissenschaft und Frieden: 2014 (2) : Gewal(tät)ige Entwicklung. <http://wissenschaft-und-frieden.de/seite.php%3FdossierID%3D079>

die großen Friedenspolitiker Willy Brandt und Olof Palme prägten, beinhaltet politisches Handeln, das die Auswirkung des eigenen politischen Handelns auf den Nachbarn und den Gegner miteinbezieht und sich aktiv für friedliche Streitbeilegung einsetzt.

Im friedenslogische Denken und Handeln ist das Ziel die **Prävention von Gewalt**. Konfliktursachen und auch die eigene Verantwortung für bestehende Konflikte werden in den Blick genommen, weil Konflikte stets zwischen den unterschiedlichen Parteien entstehen, die ihre Interessen gegen die andere Partei durchsetzen wollen. Sicherheitslogisches Denken und Handeln hingegen definiert das **Problem als Gefahr**, die es abzuwehren gilt.

Wir Ärzte verfolgen in unserer täglichen Arbeit humanitäre Ziele und Werte. Das Prinzip „dem Patienten nicht schaden“ oder „**Do - No - Harm**“, wie er auch als entwicklungspolitischer Handlungsansatz bekannt ist, bedeutet eine Reflektion darüber, ob und wie Eingriffe in den Krankheits- bzw. Gesundheitsstatus eines einzelnen Patienten bzw. in gesamtgesellschaftliche Strukturen vorhandene Konflikte verschärfen können und deshalb zu vermeiden sind. Das Prinzip „Do- No- Harm“ ist unser Leitbild.

Ich möchte nun kurz die Geschichte von ICAN und dem Atomwaffenverbotsvertrag skizzieren und in einem zweiten Schritt darstellen, wie der Atomwaffenverbotsvertrag und die Bearbeitung des Nordkoreakonflikts sich in friedenslogisches Denken und Handeln einordnen lassen. Dabei werde ich auch die Prinzipien des sicherheitslogischen Denkens im Gegensatz dazu eingehen.

Geschichte von ICAN und dem Atomwaffenverbotsvertrag

ICAN, die Internationale Kampagne zur Abschaffung von Atomwaffen, wurde 2007 gegründet. Die IPPNW ist eine der Gründungsorganisationen der Kampagne, die Idee stammt von zwei IPPNW Ärzten aus Australien, Tilman Ruff und Bill Williams sowie einen malaysischen IPPNW Arzt, Ron McCoy. Die Idee war, den Fokus auf die katastrophalen und völlig inakzeptablen humanitären Auswirkungen von Atomwaffen zu legen, die Auswirkungen auf Mensch und Umwelt. Dazu gab die IPPNW eine Studie in Auftrag, die die humanitären und die klimatischen Auswirkungen eines begrenzten Atomkriegs zwischen Indien und Pakistan untersuchen sollte. Das Ergebnis: zwei Milliarden Menschen wären von Hungersnöten bedroht. Die Studienautoren nehmen an, dass 100 Atombomben von einer Sprengkraft von 15 TNT, die Sprengkraft der Hiroshima-Bombe, gezündet würden.²

Auf einen Schlag würden viele Millionen Menschen sterben - obwohl beide Länder nicht einmal die Hälfte ihrer nuklearen Arsenale eingesetzt hätten. Aus den brennenden Städten würden laut den Berechnungen Millionen Tonnen Ruß bis in die Stratosphäre steigen. Erst triebe die enorme Hitze großflächi-

2 <http://www.psr.org/assets/pdfs/two-billion-at-risk.pdf>

ger Feuersbrünste den Dreck in die Höhe, anschließend würden die dunklen Partikel von der Sonne erhitzt und in Höhen von bis zu 60 Kilometer weitergetragen, wo sie sich über den gesamten Globus verbreiteten. Durch die Abdunkelung des Sonnenlichts würde die Erde deutlich abkühlen. Demnach läge die globale Durchschnittstemperatur bei einer Freisetzung von fünf Millionen Tonnen Ruß noch drei Jahre nach dem Krieg um 1 bis 1,5 Grad unter dem Normalwert. Das Ergebnis eines nur regionalen Atomkriegs wäre also eine nukleare Hungersnot.

2012, 2013, und 2014 wurden dann in Mexiko, Norwegen und Österreich große humanitäre Konferenzen veranstaltet, wo zahlreiche neue zivilgesellschaftliche Organisationen wie die Opferverbände der Atomwaffenopfer, das Internationale rote Kreuz, Kirchen, Gewerkschaften sowie Staaten für die Unterstützung gewonnen werden konnten. In den intensiven Diskussionen während der Konferenzen wurde auch ein Strategieplan ausgearbeitet, wie man einen Atomwaffenverbotsvertrag vor die UN bringen könnte und dort verhandeln lassen könnte. Nach dem Modell der Verträge zum Verbot von Landminen und Streumunition wurden nun die Länder zur Unterstützung gewonnen, die seit Jahrzehnten atomwaffenfrei sind und deren Stimme in den internationalen Verhandlungen zur Fortführung des Atomwaffensperrvertrags nie gehört wurden. Die österreichische Regierung erklärte sich bereit, für diesen Verhandlungsprozess in den Vereinten Nationen die „Lead Nation“, der Führungsstaat zu werden, so wie es vor mehr als Kanada 1997 bei Landminenvertrag war.

Der Atomwaffenverbotsvertrag wurde im März und Juni/Juli 2017 bei den Vereinten Nationen verhandelt, am 07.07.2017 stimmten 122 Staaten für den Vertrag. Die Unterzeichnung des Vertrages begann am 20.09.2017, bereits jetzt haben ihn 53 Nationalen unterzeichnet. In Kraft wird der Vertrag treten, wenn ihn 50 Nationen ratifiziert haben, was ca. 2 Jahre in Anspruch nehmen wird.

Was beinhaltet der Vertrag:

Im Gegensatz zum Atomwaffensperrvertrag wird nicht nur die geografische Verbreitung von Atomwaffen begrenzt. Der Verbotsvertrag kennt keine Ausnahmen und schafft die völkerrechtliche Anerkennung des Status der Atomwaffenstaaten ab. Art. 1 ist entsprechend umfassend formuliert und verbietet generell den Einsatz von und die Drohung mit Atomwaffen. Darüber hinaus werden Besitz, Lagerung, Erwerb, Entwicklung, Erprobung und Herstellung sowie der Transfer, die Verfügungsgewalt und Stationierung von Atomwaffen (auf eigenem und fremdem Territorium) verboten. Jegliche Unterstützung zu einer dieser verbotenen Aktivitäten ist untersagt.

3 <https://www.cambridge.org/core/journals/international-review-of-the-red-cross/article/the-development-of-the-international-initiative-on-the-humanitarian-impact-of-nuclear-weapons-and-its-effect-on-the-nuclear-weapons-debate/FF301C19D3A7003C50FE7BC48675BA42>

Mit diesem Vertrag haben wir und die Staatengemeinschaft der Vereinten Nationen den Traum und das Vermächtnis der Hibakusha, d.h. der Überlebenden der Atomwaffenabwürfe in Japan und der weltweiten Atomtests, verwirklicht.

Warum gibt es so viel Gegenwind und Ablehnung von den Atomwaffenstaaten und ihrer Diener, die Staaten, die wie Deutschland unter dem sogenannten nuklearen Schutzschirm stehen?

1. Es ist die Abschaffung des Status als Atomwaffenmacht, was die Atomwaffenstaaten unter Druck bringt.
2. Es ist die Delegitimierung der nuklearen Abschreckung als militärische Doktrin. Diese wahnwitzige Zumutung der Militärs an die Menschheit in einem Atomkrieg: „Wer als erster schießt, stirbt als zweiter“, und reißt zwei Milliarden Menschen mit in den Tod.

Friedenslogik, Sicherheitslogik und der Atomwaffenverbotsvertrag

Schauen wir uns nun an, wie die UN-Vertreter in dem Atomwaffenverbotsvertrag friedenslogische Sichtweisen verankert haben und somit das sicherheitslogische Denken der Atomwaffenstaaten, die mittels des Atomwaffensperrvertrags (NPT) das Entstehen neuer Atomwaffenstaaten verhindern wollten, überwunden haben. Am Beginn der Unterscheidung zwischen Friedenslogik und Sicherheitslogik steht die **Problemdefinition**:

Friedenslogik sieht in der Gewalt bzw. dem Gewaltverhältnis das Problem, das es zu lösen gilt, also Gewaltabbau, Gewaltprävention. Im sicherheitslogischen Denken stellt eine Gefahr und folglich Gefahrenabwehr das zu lösende Problem dar.

Friedenslogik stellt daher die Vernichtungsgewalt im Falle des Einsatzes von Atomwaffen in den Mittelpunkt, die Zerstörung von Mensch und Natur /Umwelt, denn selbst bei einem nur regional begrenzten Atomkrieg, dem Einsatz von nur 100 Hiroshimabomben kämen in der Folge durch die unmittelbare Einwirkung und den nachfolgenden Klimasturz samt Ernteausfälle zwei Milliarden Menschen ums Leben, das ist inakzeptabel.

Im **sicherheitslogischen Denken** der Atomwaffen besitzenden Staaten ist das Problem, dass neue Staaten zusätzlich zu den fünf Atomwaffenstaaten in den Besitz von Atomwaffen kommen können und dass damit das Machtmonopol erodiert, das mit dem Besitz von Atomwaffen einhergeht. Die Atomwaffenstaaten wollen mit dem NPT- Vertrag die Gefahr der Weiterverbreitung von Atomwaffen abwehren, das ist für sie der Kern.

ICAN hat es also geschafft, einen Paradigmenwechsel in der völkerrechtlichen Beurteilung des Einsatzes von Atomwaffen durchzusetzen. Statt von Strategien des Atomwaffeneinsatzes und nuklearer Abschreckung wird nun von dem katastrophalen humanitären Leid, das eine einzige Atombombendetonation für eine Stadt hätte und von den katastrophalen globalen Folgen eines atomar geführten Kriegs gesprochen. Statt von atomarer Sicherheit wird jetzt über die fehlende völkerrechtliche Legitimität von Atomwaffen gesprochen

Die Ursachen für die Problemstellung sind aus friedenslogischer Sicht komplex. Die Friedensbewegung sagt: Atomwaffen bedrohen uns, das sind Massenvernichtungswaffen. Jeder Staat, der sie besitzt, kann sie einsetzen. Eine der größten Gefahren ist, dass sie versehentlich, durch einen Fehlalarm, gezündet werden könnten. Denn 1800 Atomwaffen sind noch immer in Alarmbereitschaft und können innerhalb weniger Minuten gestartet werden. Zudem sind die Atomwaffenstaaten ihrer Verpflichtung nach Atomwaffenabrüstung nicht nachgekommen, stattdessen erneuern sie ihre Technik. Noch immer gibt es ca. 15.000 Atomwaffen weltweit. Der NPT ist nicht ausreichend, er hat die Weiterverbreitung nicht verhindern können, denn es geht eigentlich um Machtfragen. Und die Lösung dieser Machtfragen wird von den mächtigsten Staaten in der Welt systematisch blockiert. Deshalb brauchen wir einen Vertrag, der Atomwaffen vollständig verbietet.

Aus sicherheitslogischer Sicht stellt die Doktrin der nuklearen Abschreckung den zentralen Dominostein dar, mit der die Atomwaffenstaaten argumentieren. Die nukleare Abschreckung hätte während des kalten Krieges das Ausbrechen eines neuen heißen Krieges verhindert. So fordern die Politikwissenschaftler Claudia Major von der Stiftung Wissenschaft und Politik⁴ und Christian Mölling, stellvertretender Direktor des Forschungsinstituts der DGAP (Deutsche Gesellschaft für Auswärtige Politik e.V.)⁵ ein Festhalten an der nuklearen Abschreckungspolitik bzw. solle die Abschreckungsdoktrin neu dekliniert werden. Es gelte, "zu überlegen, inwieweit nukleare Elemente in den Verteidigungsplanungsprozess reintegriert und Teil von Übungen und Training werden sollen", so Claudia Major.

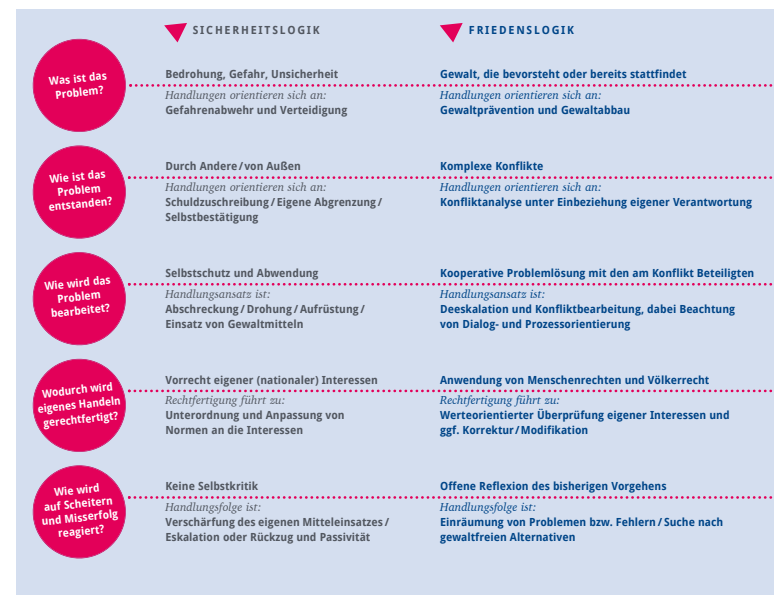
Problembearbeitung:

Sicherheitslogische Sicht: Beiden Wissenschaftlern ist klar, dass Abschreckung zu propagieren in Deutschland sehr schwierig ist, wo doch die Bundesregierung traditionell in ihrer Politik das Ziel der Abrüstung und Nichtweiterverbreitung von Atomwaffen verfolgt. Da der Begriff ‚Abschreckung‘ militärisch konnotiert sei, stehe Abschreckung für konfrontative Debatten aus dem Kalten Krieg und „alte“ Sicherheitspolitik. Das sei kontraproduktiv. Daher empfehlen beide eine neue Sprache, eine neue Semantik: Statt Abschreckung könnten neue Begriffe verwendet werden wie „Entmutigung“ oder „abhalten“.

Sie sehen, wie wichtig es ist, die Entspannungspolitik mit neuen aktuellen Inhalten zu fördern, und die tödliche Doktrin der nuklearen Abschreckung zu delegitimieren.

4 Claudia Major (2016) in Ausblick 2016: Begriffe und Realitäten internationaler Politik <https://www.swp-berlin.org/fileadmin/contents/products/sonstiges/Ausblick2016.pdf#page=23>
 5 Claudia Major, Christian Mölling: Abschreckung neu denken, in: Internationale Politik 1, Januar/Februar 2016, S. 110-114 <https://zeitschrift-ip.dgap.org/de/ip-die-zeitschrift/archiv/jahrgang-2016/januar-februar/abschreckung-neu-denken>

Friedenslogik auf einen Blick



Quelle: Flyer Friedenslogik weiterdenken www.konfliktbearbeitung.net/friedenslogik

Friedenslogische Sicht: Friedenslogisch wird eine kooperative Problemlösung mit allen am Konflikt Beteiligten mittels des Atomwaffenverbotsvertrags angestrebt. Im Prozess der Entstehung des Verbotsvertrags galt es für ICAN zunächst die Nichtatomwaffenstaaten in ihrer Position zu stärken, denn deren Stimme wurde in den Vorbereitungsgesprächen zur Weiterentwicklung des NPT seit nunmehr fast 50 Jahren systematisch ignoriert. Dies wurde möglich durch die drei humanitären Konferenzen, die ICAN 2012, 2013, 2014 mit den Staaten durchführte und dabei die Sicht der Überlebenden von Atomwaffeneinsätzen und –Tests sowie die neuen wissenschaftlichen Studien zu den Auswirkungen von Atomwaffen in den Mittelpunkt stellte. In der letzten der drei humanitären Konferenzen in Wien erklärte Österreich als Gastgeberin, sich aus humanitären Gründen für ein Atomwaffenverbot einzusetzen. Diesem als „Humanitarian Pledge“ bekannt gewordenen Versprechen schlossen sich in der Folge über 120 Staaten an, die ihre Stärke als Nichtatomwaffenstaaten begriffen. Dieses humanitäre Versprechen mündete schlussendlich in den Atomwaffen-Verbotsvertrag, der jetzt einer neuen Norm zum Durchbruch verhelfen wird. Atomwaffen müssen aus humanitären Gründen verboten werden!

Die Rechtfertigung des eigenen Handelns:

Friedenslogik: Friedenslogik setzt sich für die Umsetzung und Anwendung von Völkerrecht und Menschenrechten ein, die für alle Staaten und alle Menschen gleichermaßen gelten, ungeachtet ihrer Stellung in den Macht- und Herrschaftsstrukturen in der Welt. Inklusive Kooperations- Dialog- und Überzeugungsprozesse sind notwendig, um aus einer neuen geschriebenen Norm, einem Vertrag, einem Rechtsgut, lebendige Wirklichkeit werden zu lassen. Deshalb fängt unsere gemeinsame Arbeit zum Atomwaffenverbotsvertrag jetzt, nachdem wir den Friedensnobelpreis erhalten haben, erst richtig an, und dazu möchte ich Sie alle recht herzlich einladen.

Sicherheitslogik: Sicherheitslogik betont den Vorrang eigener nationaler Interessen. „America first, North Korea first! Die für alle gültigen Rechtsnormen werden mittels nationaler militärischer Doktrin – hier die „nukleare Abschreckungsdoktrin“ ignoriert, für zweitrangig erklärt. Die eigene Machtposition als Atomwaffenbesitzer – denn damit hat man das Signum von absoluter Macht erworben – wird benutzt, um die eigenen nationalen Ansprüche durchzusetzen.

Umgang mit Scheitern und Misserfolg:

Friedenslogik: Es findet bereits eine offene Reflexion des bisherigen eigenen Vorgehens hinsichtlich unserem Ziel, Atomwaffen abschaffen, in der Friedensbewegung statt. Da wir bei den NPT-Verhandlungen als NGO-Teilnehmer keine Fortschritte erzielen konnten, haben wir uns dazu entschieden, den Atomwaffenverbotsvertrag mittels des Konzepts „williger Staaten“ als Ziel zu verfolgen. Diese Anpassung unserer Strategie an unser Ziel war unerlässlich, um einen breiten Konsens zu finden für den Atomwaffenverbotsvertrag. Bisher haben wir schon mehr als die bisherigen 53 Staaten für eine Unterschrift unter den Atomwaffenverbotsvertrag gewonnen. Es bedarf nun weiterer intensiver Dialoge und Reflexionen mit zivilgesellschaftlichen Organisationen und ihren jeweiligen Regierungen, um weitere Unterzeichnerstaaten zu gewinnen. Grundlage bleibt dabei unsere friedenslogische Problemdefinition: Problem ist die Gewalt und die jeweiligen Gewaltverhältnisse, die sich in gewalttätigen Beziehungen ausdrücken, sei es zwischenstaatlich oder z.B. durch Unternehmen und Banken, die durch ihre wirtschaftliche Aktivität oder ihre Finanzen die Produktion und die Finanzierung von Atomwaffen befördern. (Projekt: „Don't bank the bomb!“⁶) Ebenfalls geht es um Behandlung und Entschädigung der Opfer, z.B. von Atomwaffentests. In vielfältigen Dialogen muss die Vertreter der Friedensbewegung bzw. von ICAN und der IPPNW die Argumente und Schwierigkeiten der Gegenseite reflektieren, bzw. den mit der Atombewaffnung zusammenhängenden Rahmenbedingungen reflektieren, um neue Wege für Konflikttransformation zu eröffnen. Das sei später am Beispiel des Nordkorea-Konflikts kurz skizziert.

6 <https://www.dontbankonthebomb.com/>

Sicherheitslogik: Im sicherheitslogischen Denken ist Fehlerreflektion ausgeklammert. Das hat mit der hohen Machtposition zu tun, die die Inhaber von staatlicher Gewalt und/oder Gewaltakteuren innehaben.

Inhaber von absoluter Macht oder sehr großer Macht haben es nicht nötig zu reflektieren. Nach Max Weber bedeutet Macht jede Chance, innerhalb einer sozialen Beziehung den eigenen Willen auch gegen Widerstreben durchzusetzen. Deshalb kommt es bei Machthabern in dem Falle des Nichtgelingens oft zur Verschärfung des eigenen Mitteleinsatzes, zur Verschärfung der Gewaltandrohungen und zur Eskalation. Als Beispiel sei hier die Politik Trumps genannt, der jetzt damit droht, das Atomabkommen zu Iran aufzukündigen und damit auch seine Nordkoreapolitik wider jegliche außenpolitische Vernunft zu eskalieren.

Der Nordkoreakonflikt und die gegenwärtige Gefahr eines Atomkrieges Sicherheitslogische Perspektive

- **Problemdefinition:** Der NPT zeigt keine ausreichende Wirkung mehr. Immer neue Länder, außer den fünf anerkannten Atomwaffenstaaten, besitzen Atomwaffen. Nord –Korea ist eines davon und bedroht die USA mit einem möglichen Angriff mit Atomwaffen
- **Problementstehung:** Die Schuld liegt ausschließlich bei Nordkorea
- **Problembearbeitung:** Drohung Trump: Drohung „Feuer und Wut, Gewalt, Sanktionen, alle Optionen, auch Atomwaffeneinsatz, liegen auf dem Tisch
- **Normative Grundlagen/Rechtfertigung des eigenen Handelns:** Vorrecht eigener Interessen. „America first, North Korea first“ führt zur Unterordnung von allgemein gültigen Werten (Frieden, Menschenrechte) unter die eigenen Interessen
- **Fehlerfreundlichkeit:** Gleich Null, keine Selbstkritik, Verschärfung des Mitteleinsatzes, Eskalation, Gefahr des Krieg bzw. Atomkrieg? Ablehnung des Atomwaffenverbotsvertrags

Friedenslogische Perspektive

- **Problemdefinition:** Gewalt von Nordkorea ausgehend, nach innen und nach außen, durch fehlenden Friedensvertrag zwischen Korea, beide Teile sowie USA und China nach dem Koreakrieg und der Teilung des Landes. Nordkorea rüstet auf mit eigenen Atomwaffen
- **Problementstehung:** Im Koreakrieg standen Nordkorea und China gegen Südkorea und die USA, die unter Beschluss der Vereinten Nationen in den Krieg zog. Am Ende gab es eine Teilung des Landes an der Waffenstillstandslinie, bisher fehlt ein Friedensvertrag. Daran sind beide Seiten ursächlich beteiligt.
- **Problemlösung:** Entspannungspolitik zwischen Nord und Südkorea, Diplomatische Verhandlungen zwischen Nordkorea, China, Japan, Südkorea und den USA, für eine Nichtangriffsgarantie seitens der USA könnte Nordkorea

sein Atomwaffenarsenal abbauen. Wege zum Friedensvertrag eröffnen, Friedensvertrag mit den o.g. Akteuren aushandeln

- **Problemlösung für den Atomwaffenverbotsvertrag + einen Friedensvertrag Korea:** Die Atommächte USA, Russland und China erklären, dass sie einen Entspannungsprozess untereinander beginnen, in dem konkret über Wege hin zu einem Abbau ihrer Atomwaffenarsenale verhandelt wird. Diesem wird ein Zeitrahmen gegeben und Beobachter aus Nichtatomwaffenstaaten werden eingeladen, um den Prozess der Abrüstung aufrecht zu erhalten.
- **Normative Grundlagen** (für das Atomwaffenverbot und die Lösung des Koreakonflikts): Friedensvertrag verhandeln, Anwendung von humanitärem Völkerrecht und Menschenrechten, Anwendung entspannungspolitischen Prozessen mit dem Ziel Sicherheit und Frieden in Ostasien auf dem Boden der UN-Charta
- **Fehlerfreundlichkeit:** Anerkennen, dass Nordkorea Atommacht ist und dass der fehlende Friedensvertrag den Schlüssel zur Konflikttransformation liefert. Anerkennen, welchen Status und welche Rolle China und Japan bei der Konflikttransformation innehaben, Wirkungsanalyse der eigenen Aktionen samt Auswirkung auf die Gegenseite überprüfen.

Rüdiger Noll

Berliner Memorandum:

Sicherheit neu denken – Wege des Friedens in Europa

(Präsentation)

1 Titel

2 Das Berliner Memorandum möchte:

- einen Beitrag zu einer kirchlichen und öffentlichen Diskussion leisten
- für den Aufbau einer tragfähigen gesamteuropäischen Sicherheitsarchitektur und Friedensordnung (Paradigmenwechsel, Bewußtseinswandel) eintreten
- beabsichtigt aber nicht, bereits politische Lösungen oder konkrete Handlungsempfehlungen anzubieten. (aber: „Konturen“)

3 Ausgangspunkt

- „Gegen diesen Rückfall (in Aufrüstung und militärische Drohgebärden) sind neue Leitbilder gefragt, die unterschiedliche historisch-kulturelle Prägungen und gegensätzliche politische Systeme in Rechnung stellen und zugleich militärische Konfrontation ausschließen“ (Friedensgutachten 2017)
- „Erst wenn die Denkfigur der gemeinsamen Sicherheit Gemeingut und der Bewusstseinswandel weniger zur Selbstverständlichkeit für viele geworden ist, werden die Baumeister die nötige Legitimation für den Umbau besitzen“ (Klaus von Schubert)

4 Entstehungsprozess

- Resolution des Berliner Gesprächskreises beim Kirchentag in Stuttgart 2015 (Ostdenkschrift)
- Rat der EKD übergibt an die FEST (Forschungsstätte der Ev. Studiengemeinschaft)
- Arbeitsgruppe an der FEST
- Entgegennahme durch den Rat der EKD

5 Der Aufbau des Memorandums (ca. 25 Seiten)

- Einleitung
- Ein „neues Europa“ ist mehr als eine reformierte EU
- Abschied vom alten Sicherheitsdenken
- Konturen einer gesamteuropäischen Friedensordnung
- Gemeinsame Sicherheit
- Herausforderungen im Osten und im Süden
- Gemeinsame Sicherheit und die Rolle der Kirchen

6 Hintergründe:

- Der konziliare Prozess für Frieden, Gerechtigkeit und die Bewahrung der Schöpfung (Basel 1989, Seoul 1990, Graz 1997, Sibiu 2007)
- EKD Denkschrift 2007: „Aus Gottes Frieden leben – für gerechten Frieden sorgen“
- Friedenskonvokation (Kingston 2011): „Ein ökumenischer Aufruf zum gerechten Frieden“

7 Der Ansatzpunkt/das Paradigma:

- „Eine gemeinsame gesamteuropäische Sicherheitspolitik“
- „Notwendig ist ein Umdenken: Sicherheit ist gemeinsam und nicht gegeneinander zu konzipieren; die eigene Sicherheit muss auf die Sicherheit des Anderen bezogen sein.“
 - Gemeinsame Sicherheit basiert auf der Akzeptanz gegenseitiger ökonomischer und politischer Abhängigkeiten und auf der gemeinsamen Verantwortung für den Frieden, auch wenn zwischen den beteiligten Staaten gesellschaftspolitische Differenzen existieren.“ (Friedensgutachten 2015.
 - Stellungnahme der Herausgeberinnen und Herausgeber: Aktuelle Entwicklungen und Empfehlungen, S.6)

8 In a Nutshell:

- „Eine Politik, die das eigene Verständnis dieser universal gültigen Maßstäbe zur handlungsleitenden Maxime macht und gegen Kritik von Seiten autoritärer Ordnungsvorstellungen durchzusetzen versucht, kann sicherheitspolitische Konflikte im Blick auf die Ordnung Europas provozieren und verschärfen. Die Bereitschaft, solche normativen Differenzen anzuerkennen, auszuhalten und letztlich konstruktiv zu bearbeiten, gehört zu den grundlegenden Anforderungen an eine gesamteuropäische Ordnung.“ (S.7)

9 Konturen einer gemeinsamen Sicherheitspolitik:

- Sicherheit ist nicht mehr voneinander, sondern nur noch miteinander zu suchen. (Einbeziehung Russlands)
- Leugnet nicht den Gegensatz der Sicherheitskontrahenten; sie baut auf ihr vernunftorientiertes Miteinander am und im Interesse der Kriegsverhütung
- Balance zw. Nichteinmischung und Achtung der Menschenrechte

10 Konturen einer gemeinsamen Sicherheitspolitik:

- ohne „Projektionen des Bösen“
- Keine wechselseitigen Schuldzuweisungen und Abschottung der Diskursräume
- Dialog statt Konfrontation
„Dialog ist am drängendsten, wo er unmöglich erscheint“

11 Konturen einer gemeinsamen Sicherheitspolitik:

- Kooperative wechselseitige Handlungs- und Verhaltensformen (möglicherweise mit „einseitigen Maßnahmen“)
- Ausgleich zwischen den normativen Überzeugungen und pragmatischem Handeln

12 Gemeinsame Sicherheit - Institutionell:

- „Weder die östliche Partnerschaftspolitik der EU noch die Erweiterungspolitik der NATO haben dieses Ziel (gemeinsame Sicherheit/Einbeziehung Russlands) erreicht.“
- Die OSZE als Brücke zwischen den gegenläufigen Interessen muss in ihrer Bedeutung für den Aufbau einer gesamteuropäischen Friedensordnung gestärkt werden.“
- „Die OSZE ist der geeignete Rahmen, in dem Konflikte über die Formulierung und Auslegung derartiger Grundregeln (einer gemeinsamen Sicherheit) verhandelt und geklärt werden können.“

13 Potentielle Konkretionen: (Osten)

- Einfrieren des Krim-Konflikts (Kompensation)
- Dombass unter internationaler Verwaltung
- Rüstungskontrolle/Transparenz herstellen
- Konventionelle Rüstungskontrolle im Rahmen der OSZE
- Keine substantiellen Kampfverbände an den Grenzen

14 Potentielle Konkretionen: (MENA Region)

Grundlegende Veränderung der Nachbarschaftspolitik („More for more, less for less“)

15 Diskussionspunkte:

- „Ausgleich zwischen normativen Denken und pragmatischem Handeln“/ Sicherheit und Menschenrechten.
- Konkretisierung der R2P.
- Eine reformierte/neuerfundene OSZE als Rahmen (oder/und erst eine „neue Palme Kommission“)
- Rolle von Europäischer Union und NATO

16 Kritik: (Meckel)

- „Europäische Friedensordnung“ als Zielsetzung (neue Bedrohungen Terrorismus, ISIS)
- Russland (imperiales Verhalten, Interessen seiner Nachbarn)
- Werte und Menschenrechte (autoritärere Staat schön geredet; Solidarität mit russ. Demokraten)

■ „Comprehensive security“ – Einbeziehung der Zivilgesellschaft und zivilen Möglichkeiten

16



17 **Gerechter Frieden** als ein:

„kollektiver und dynamischer, doch zugleich fest verankerter Prozess ... , der darauf ausgerichtet ist, dass Menschen frei von Angst und Not leben können, dass sie Feindschaft, Diskriminierung und Unterdrückung überwinden und die Voraussetzungen schaffen können für gerechte Beziehungen, die den Erfahrungen der am stärksten Gefährdeten Vorrang einräumen und die Integrität der Schöpfung achten.“ (Kingston 2011)

18 Christian Polke hat dafür den Ausdruck der „Konvivenz in Differenz“ geprägt, „die den Diskurs um Wahrheit eröffnet, bleibende Dissense zulässt und die Kooperation ermöglicht“.

Christian Polke, Gottes Friede – gerechter Friede? Ethisch-Theologische Bemerkungen zum Status des Friedens aus Anlass einer neuen Denkschrift, in: Ines-Jacqueline Werkner, Antonius Liedhegener (Hrsg), Gerechter Krieg – gerechter Frieden. Religionen und friedensethische Legitimationen in aktuellen militärischen Konflikten, Wiesbaden 2009, S. 165.

19 **Kirchen (gerechter Frieden)**

Quelle:

Berliner Memorandum. Sicherheit neu denken – Wege des Friedens in Europa. Erarbeitet von einer Arbeitsgruppe an der Forschungsstätte der Evangelischen Studiengemeinschaft FEST, 2. Mai 2017

Anhang:

**Florian King, Darmstädter Signal
Tagungs-Bericht**

Anstelle der bisher üblichen Arbeitstreffen des Darmstädter Signals fand vom 13. bis 15.10.2017 im Arbeitnehmerzentrum Königswinter erstmals eine gemeinsame Tagung des Darmstädter Signals, des Johannes-Albers-Bildungsforums, der Initiative „Neue Entspannungspolitik JETZT!“ und IPPNW, unterstützt vom Bildungsforum Lernwelten, zum Thema „Neue Entspannungspolitik JETZT! Zivilgesellschaft – Politik – Streitkräfte“ statt. Mit rund 60 Teilnehmern, darunter auch Mitgliedern von IPPNW und Unterstützer der Initiative „Neue Entspannungspolitik JETZT!“, war die Tagung gut besucht.

Einer von mehreren Höhepunkten war der Eröffnungsvortrag von General a.D. Harald Kujat, ehemaliger Generalinspekteur der Bundeswehr, Vorsitzender des Militärausschusses der NATO und – nicht zuletzt wegen seiner kritischen Einstellung zur aktuellen Friedens- und Sicherheitspolitik – gefragter Gesprächspartner in den Medien. Sein Thema lautete Sicherheit und Entspannung – 50 Jahre Harmel-Bericht. Unter Bezug auf diesen viel beachteten und als Erfolgsstory bewerteten Berichts des früheren belgischen Außenministers Pierre Harmel von 1967, der neben der nuklearen Abschreckung auf Dialog und vertrauensbildende Maßnahmen mit der früheren Sowjetunion setzte, übte Kujat scharfe Kritik an der aktuellen Politik der NATO gegenüber Russland, die – u.a. durch verstärkte Aufrüstung, Atomwaffenmodernisierung, Kappung lebenswichtiger Kommunikationsstränge zu Russland und verfehlte Wirtschaftssanktionen – zu neuen Gefahren für den Weltfrieden beitrage. Er bemängelte vor allem fehlende strategische Weitsicht des Westens, Vernachlässigung vertrauensbildender Maßnahmen, Nichtberücksichtigung der Interessen Russlands und rief – ganz im Sinne des Harmel-Berichts – zu einem neuen Dialog mit Russland auf. Europäische Sicherheit werde nicht ohne oder gar gegen, sondern nur gemeinsam mit Russland möglich sein. Eine neue Entspannungspolitik sei notwendiger denn je.

Die Kritik und die Forderungen Kujats zogen sich wie ein roter Faden durch die nachfolgenden Vorträge und Diskussionen.

In einem ersten Themenblock mit dem Titel „Deutsche und europäische Entspannungspolitik“ beleuchten Prof. Peter Brandt, Wolfgang Biermann, langjähriger Mitarbeiter von Egon Bahr und Mitgründer der Initiative „Neue Entspannungspolitik – jetzt!“, und der Publizist Christian Wipperfurth die historische Genese der Entspannungspolitik, den Wandel durch Annäherung von den Ostverträgen bis zum Fall der Berliner Mauer und europäische Aspekte einer neuen Entspannungspolitik.

Dem folgte ein weiterer Themenblock „Dialog mit Russland zur deutschen und europäischen Entspannungspolitik“ mit Referaten von Martin Hoffmann, Geschäftsführer des Deutsch-Russischen Forums, über den Petersburger Dialog, von Ray McGovern, ehemaliger CIA-Analyst für russische Politik und Berater von US-Präsidenten, über die transatlantische Allianz gegen den Rückfall in den Kalten Krieg und Angelika Claussen (ehemalige Vorsitzende der deutschen IPPNW-Sektion) über den neuen UN-Atomwaffenverbotsvertrag. McGovern sieht infolge der Unberechenbarkeit von US-Präsident Trump erhebliche Gefahren für den Weltfrieden und setzt seine einzige Hoffnung darauf, dass die hohen Militärs im engeren Umfeld von Trump das Schlimmste verhindern können.

Den Abschluss der Tagung bildete ein Referat von Rüdiger Noll von den Evangelischen Akademien über das Berliner Memorandum „Sicherheit neu denken – Wege des Friedens in Europa“ der evangelischen Kirchen in Deutschland und eine

Podiumsdiskussion über das Thema „Lehren der Entspannungspolitik - Kooperation und Verständigung als einziger Ausweg aus der Sackgasse der Konfrontation“ mit der leider nicht wiedergewählten SPD-MdB Ute Finckh-Krämer, Ray McGovern und dem langjährigen Europaabgeordneten Jo Leinen (SPD), moderiert von Angelika Claussen.

Bemerkenswert aus dieser von großer Übereinstimmung geprägten Diskussion war der Hinweis von Jo Leinen auf das große Seidenstraßenprojekt Chinas, das aus seiner Sicht unter ökonomischen Aspekten neue Impulse für eine Entspannungspolitik in Europa setzen könne.

Am Rande der Tagung verständigte sich der Vorstand des Arbeitskreises auf zwei Arbeitstreffen im nächsten Jahr: zunächst am 6.-8.4.2018 in Königswinter mit dem Thema „Was ist los in der Bundeswehr? – Umgang mit Skandalen, Innere Führung, Traditionserlass“ (Arbeitstitel) sowie voraussichtlich im November als 100. Tagung in Berlin zum Thema „Leitlinien der Bundesregierung: Krisen verhindern, Konflikte bewältigen, Frieden fördern“.



Kontakt zur Initiative

»Neue Entspannungspolitik, JETZT«:

Burkhard Zimmermann: burkhard.z@t-online.de

in USA: Barbara Jentsch: zuluki@centurylink.net

**Unterstützen Sie unseren Aufruf
mit Ihrem Namen!**

www.neue-entspannungspolitik.berlin/aufruf/

... oder unsere Arbeit mit einer Spende.

Überweisen Sie auf unser Spendenkonto

»Ulrich Frey – Entspannung Jetzt«,

Volksbank Bonn-Rhein-Sieg e.G., Bad Honnef,

IBAN: DE68 3806 0186 5614 1380 19

BIC: GENODED1BRS